

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Sommer 2009
Nr. 164, 38. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Hilflos gegen die Krise

Die Regierungen haben erwartungsgemäß die Banken- und Finanzmarktkrise nicht im Griff. Schlimmer noch: Zur Quantität des in *toxischen Papieren* angelegten fiktiven Kapitals im globalen Geldmarkt gibt es immer noch (Stand Mai 2009) keine verlässlichen Angaben. „Wir kennen den Wert der Finanzanlagen in den Bilanzen der Banken nicht.“ sagte das frühere Vorstandsmitglied der Bank of England, Professor Charles Goodhart, in einem Interview mit *Die Zeit* vom 5. Mai 2009. Dabei dürfte dieser Insider und jetzige Pensionär sich doch jetzt äußern.

Die Folgen für die reale Produktion zeichnen sich nun immer deutlicher ab.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- | | |
|--|-------|
| – Hilflos gegen die Krise | S. 1 |
| – Ruhe vor dem Sturm? | S. 9 |
| – Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont | S. 15 |
| – Südkonferenz 2009 in München | S. 18 |
| – Zur Bundestagswahl | S. 19 |
| – Tschechische Kommunisten: Wie geht es weiter? | S. 23 |
| – Lateinamerika: Reform als Revolution | S. 25 |
| – Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmieden blieben | S. 27 |
| – Bilanz und Perspektive für einen neuen Internationalismus | S. 32 |
| – Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je | S. 33 |

In eigener Sache

Gerade für uns als Marxisten wird die Kapitalistische Systemkrise noch lange im Mittelpunkt stehen, gleich ob sie sich ausweitet oder noch einmal langsam abebbt. Ihre Auswirkungen sind zutiefst politisch, sie brechen alte Denkweisen auf und werden die sozialen Standards in Frage stellen. Veränderungen des Bewußtseins gehen von ökonomischen Erschütterungen aus, die die Klassenverhältnisse sichtbarer machen können.

Auf unserem Wochenendseminar Ende Mai in München ging es in den Referaten und Diskussionen daher hauptsächlich um die Weiterentwicklung der kapitalistischen Krise und um die Art der Reaktion darauf in der Bevölkerung, vor allem in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Die Folgen dieser Krise werden auch die Bundestagswahlen beeinflussen. Da die nächste *Arbeiterstimme* erst Ende September erscheint, mußten wir die Debatte darüber in München vorziehen. In dieser Nummer veröffentlichen wir die drei Referate, die sich mit der genannten Thematik befassten; sie sind zum Teil leicht überarbeitet.

Die politischen Veränderungen in Lateinamerika werden dort immer mehr zur allgemeinen Tendenz. So positiv dies auf der einen Seite zu bewerten ist, so sollte man sich doch andererseits mancher Überbewertung des Geschehens nicht anschließen. Dem Realismus verpflichtet war insofern unser drittes Thema, getragen von der **Gruppe International – Dorfen**: „Die Außenhandelspolitik der

EU mit den Staaten Zentralamerikas“. Mit zwei weiteren Beiträgen, darunter ein Nachdruck, bleiben wir in Lateinamerika.

Wir hatten einen Freund aus Prag aufgefordert, uns einen Artikel über den Zustand der KSCM zukommen zu lassen. Die geschilderten Fakten zeigen ein zwiespältiges Bild; wir hoffen, noch näheres dazu zu erfahren.

Einen Beitrag zur Vertiefung unseres Geschichtsbewußtseins liefert Jörg Wollenberg mit seiner Betrachtung: „*Der Kaiser ging, die Rüstungsindustriellen blieben.*“

Ferner stellt uns Heiner Jestrabek das neue Buch von Theodor Bergmann über die Notwendigkeit eines neuen Internationalismus in einer Rezension vor.

Den Kölner Aufruf gegen Computergewalt (*Wie kommt der Krieg in die Köpfe – und in die Herzen?*) konnten wir aus Platzgründen nicht mehr abdrucken. Die Adresse lautet: Prof. Maria Mies, Blumenstr. 9, 50670 Köln; koelner.aufruf@gmx.de. Hier können auch der Aufruf und Unterschriftenlisten angefordert werden.

Im Artikel über Großbritannien in unserer letzten Ausgabe, Nr. 163, ist uns ein Fehler unterlaufen: Nicht die SNP ist gemeint, sondern die BNP (British National Party)!

Es ist vielleicht angebracht, schon heute das Datum der Jahreskonferenz im Herbst in Nürnberg bekanntzugeben. Sie findet am 31. Oktober und am 1. November statt.

Wir danken für alle Überweisungen; ganz besonders auch den Spendern. Unsere finanzielle Lage hat sich trotz aller Bemühungen verschlechtert. So müssen wir weiterhin um Unterstützung ersuchen und um Zahlung der Abogebühren für 2009!

**Eine Bitte im eigener Sache:
Schickt eure Artikel uns bitte in
elektronischer Form zu! Am liebsten
als .txt, .rtf oder .doc.**



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg
 Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
 Verleger, Zuschriften:
 Thomas Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
 Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Hilflos gegen die Krise

1- Kapitalvernichtung und Arbeitslosigkeit am Beispiel Autoindustrie

Vorbemerkung: Ich konzentriere mich im folgenden auf Beispiele aus Deutschland und den USA, da eine Ausweitung auf andere Länder und Regionen zu ausführlich werden würde.

„Die Branche hat in den zurückliegenden fetten Jahren enorme Überkapazitäten aufgebaut. Die müssen jetzt an die geschrumpfte Nachfrage angepasst werden.“ (Fiat-Chef Marchionne It. Spiegel 22/2009, S. 28)

Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ist im 1. Quartal 2009 um 3,8 % gegen das 4. Quartal 2008 gesunken. Die Wirtschaftsinstitute sagen für

das ganze Jahr 2009 eine Abnahme von 6-7 % voraus. Von derartigen quantifizierten Voraussagen ist zwar nicht viel zu halten, die bürgerlichen Ökonomen haben gerade in der neoliberalen Ära fast immer geirrt; doch daß die Rezession noch bedeutend fortschreiten wird, ist nach den gegenwärtig erkennbaren Entwicklungen kaum zu bezweifeln (siehe Grafiken auf dieser Seite).

Die Überkapazitäten in der Autoindustrie führten nicht nur General Motors und Chrysler in die Insolvenz (nach US-Recht, Chapter 11), sie haben auch schwerwiegende Auswirkungen auf die Zulieferindustrie, und sie werden zu einer Neuformierung der Konzerne nicht nur aber auch in dieser Branche führen müssen.

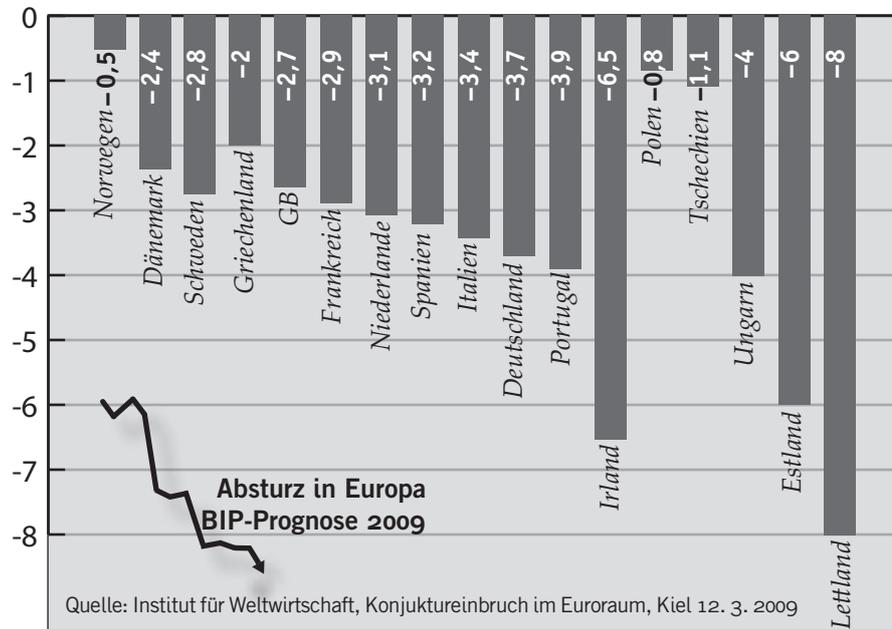
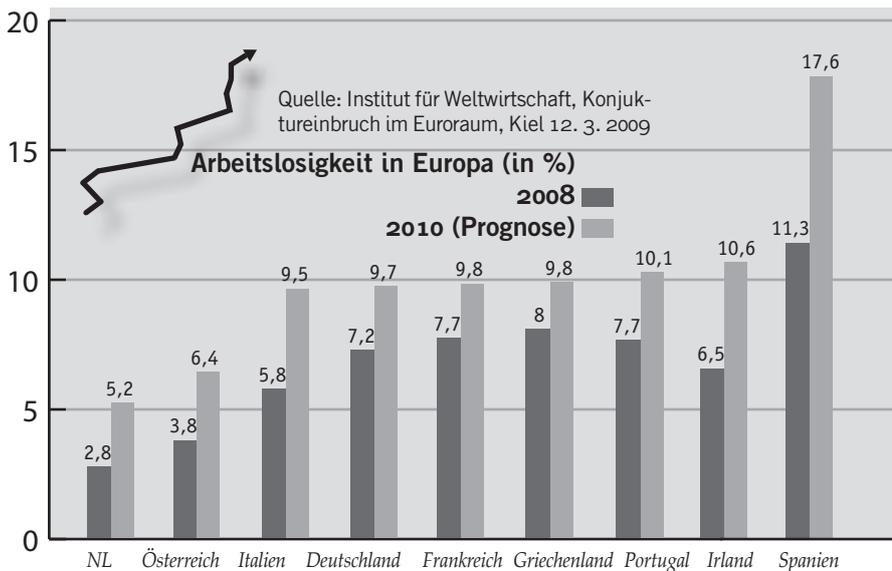
Überakkumulation auf Kreditbasis führte zu Überkapazitäten (vgl.

Arsti Nr. 163, S. 1 ff.), zu in großen Teilen nicht verwertbarem Kapital, das nur – zusammen mit den zugehörigen Arbeitsplätzen – vernichtet werden kann. Eine Anpassung, d. h. eine Verdoppelung der Nachfrage an die Produktionsmöglichkeiten, z. B. durch Abwrackprämie oder entsprechendes für die teureren Segmente würde auch die Regierungen finanziell überfordern – von den ökologischen Auswirkungen zu schweigen. Natürlich spielt sich dieser Prozeß nicht gleichmäßig über alle Branchen, Länder und Konzerne und deren Zulieferer ab. Noch ist nur in einzelnen Fällen erkennbar, welche Firmen (bis auf vielleicht die Markennamen) ausgescheiden werden.

Für das Herauslösen von Opel aus dem GM-Konzern wird einige Zeit gebraucht werden. Die USA und Deutschland werden beträchtliche Mengen an Staatsgeldern dafür ausgeben müssen. Der angebliche Investor Magna scheint eher die Rolle des Strohmanns für die russische Sberbank und den Autokonzern Gaz in Nischnij Nowgorod zu spielen. Doch egal welche Summen die Steuerzahler, d. h. vorwiegend die Arbeiterklasse, in den neuen Konzern investieren müssen; egal welchen Lohnverzicht die Konzerne den Lohnarbeitern abpressen: An Kapitalvernichtung und damit Massenentlassungen wird kein Weg vorbei führen.

Der Erhalt der Opel-Standorte ist nur ein Scheingefecht, mit dem Ministerpräsidenten und Berthold Huber, IGM-Vorsitzender, beschäftigt werden. Ob nun eins oder zwei der deutschen Werke stillgelegt, oder ob durch Produktionsverlagerungen Kapazitäten in vier deutschen Standorten vernichtet werden, ist ein politisches, d. h. taktisches Problem. Langfristig werden Arbeitsplätze nach Russland verlagert werden, Gaz soll auf niedrigem technischen Niveau produzieren. Die Löhne sind erheblich geringer als in Deutschland.

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Druck auf das Lohnniveau werden auch bei Opel unabwendbare Folgen sein. Zusätzlich sollen 10 % des Kapitals von Händlern und Beschäftigten aufgebracht werden, d. h. Löhne werden nicht ausbezahlt sondern einbehalten und in Kapitalanteile umgewandelt. Ob das eine gute Sparanlage für die Lohnab-



hängigen wird? Im ganzen also Lohnverzicht, Übereignung von Steuer-geld an private Konzerne. Erhöhung von Massensteuern, Kürzungen bei Sozialausgaben und Renten werden die Folge sein, wenn der Wahlkampf erst vorüber sein wird.

Nicht nur Großfirmen wie Arcandor und Banken stellen Ansprüche auf Kapitalhilfen und/oder Bürgschaften an den Staat. In der Öffentlichkeit weniger beachtet sind auch Mittel- und Kleinunternehmen auf der Bettelliste. Mitte Mai waren es rund 1100 Firmen. Die Gründe sind unterschiedlich. Wenn es nur Liquiditätsprobleme sind, könnten staatliche Subventionen zum Erhalt von Kapital und Arbeitsplätzen beitragen. Wenn Überproduktion der Grund der Schwierigkeiten ist, dann werden staatliche Zuschüsse oder Bürgschaften Arbeitsplatzabbau bestenfalls hinauszögern. So werden Zwischenfinanzierungen die Karstadt Kaufhäuser nur dann retten, wenn die Umsätze erheblich gesteigert werden. Danach sieht es aber nicht aus, weil der Massenkonsum ebenfalls schrumpft.

Weniger Produktion führt nicht allein zu Produktionsverminderung bei den direkten Zulieferern der Autoindustrie, sie führt auch zu geringerer Stahlproduktion, zu weniger Transportkapazität auf Straßen, Schienen und Meeren, damit zu nicht ausgelasteten Werften, LKW- und Bahnfabriken usw.

Export

Die exponierte Position Deutschlands als „Exportweltmeister“ zeigt ihre Schattenseiten. Der größere Teil der Exporte aus Deutschland (Autos ausgenommen) sind Investitionsgüter. Durch Rationalisierung und „moderate Lohnpolitik“, d. h. kapitalhörige und von Neoliberalismus angekränkelte Gewerkschaften blieben die Lohnstückkosten in Deutschland nahezu konstant. Das schuf Wettbewerbsvorteile und schlug sich in Produktionssteigerungen nieder. Diese Politik rächt sich nun doppelt: Einmal in Überkapazitäten; zum andern in geringer Konsumtionsfähigkeit bei den Massen der Lohnabhängigen. Bei der global einsetzenden Rezession brach der Export im letzten Quartal



2008 ein. Im Maschinenbau betrug der Rückgang im April 2009 58 %. Große Kapazitäten bei Werkzeugmaschinenherstellern liegen vermutlich für lange Zeiträume brach.

Diese Branche ist so eindeutig exportabhängig, daß selbst eine höhere Nachfrage aus dem Inland (wo sollte die aber herkommen?) keine Auslastung bringen könnte. Ob technologische Vorteile der deutschen Herstellerfirmen die Krise überdauern werden, ist nicht sicher.

Ein Teil der Abnehmerländer, der in geringerem Maße von der Krise betroffen ist (Indien, China), kann nur

einen kleinen Teil der Kapazitäten in Produktion halten.

Zusätzlich droht die Gefahr des Protektionismus. Alle Regierungen haben zuletzt auf dem G20-Gipfel in London beteuert, daß sie am Freihandel festhalten wollen. Inwieweit diese Vorsätze haltbar sind, ist eine andere Frage. Schon jetzt intervenieren in den USA Senatoren beider Parteien für den Schutz von Industrien in ihren Staaten. Die Parole „buy american“ oder „buy british“ ist populär.

Bisher (Stand Ende Mai) haben nach öffentlich zugänglichen Angaben die Maschinenherstellerfirmen keine Entlassungen bei der Stammbeschaft vorgenommen. Es sei zu teuer und zu langwierig nach überstandener Krise den Bestand an qualifizierten Lohnarbeitern wieder aufzubauen, heißt es als Begründung. Man versuche mit Kurzarbeit durchzukommen. Weniger öffentlich wird, daß Entlassungen von Stammarbeitskräften mit z. T. langer Betriebszugehörigkeit wegen hoher Abfindungen und langer Kündigungsfristen teuer und langwierig sind. Wie lange das Kapital diese Strategie durchstehen kann, bleibt abzuwarten. Nicht zuletzt wird es von den Banken abhängen, die mit Krediten die Auftragsflaute überbrücken müßten.

Entlassen wurde natürlich auch in der Auto- und Exportindustrie. Zum einen bei den insolventen Firmen; zum andern traf es Leiharbeiter und solche in befristeten Arbeitsverhältnissen und Scheinselbständige.

Konsum

Bis vor kurzem hieß es noch, die deutschen Verbraucher würden ihre Konsumfreude und -gewohnheiten beibehalten. Das scheint Zweckoptimismus gewesen zu sein. „Im ersten Quartal haben die Ladenbetreiber nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 3,1 % weniger umgesetzt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Konsumforscher befürchten, daß sich die Kauflaune angesichts steigender Arbeitslosenzahlen weiter eintrüben wird.“ (lt. SZ v. 5. Mai 09)

Daß der Gesamtkonsum im 1. Quartal 2009 noch leicht zunahm, liegt an subventionierten Käufen von Autos gegen Abwrackprämien im Segment preiswerter Kleinwagen.

Die alte Gesetzmäßigkeit des Krisenablaufs setzt sich auch in dieser Beziehung durch. Entlassungen und Lohnkürzungen u. a. durch Kurzarbeit senken die Masseneinkommen, die Umsätze der Konsumgüterproduktion sinken und damit setzt sich die Überproduktionskrise auch in diesen Teil der Produktion (Abteilung 2) fort und wirkt zurück auf Abteilung 1 (Produktionsmittelherstellung).

Auch die Konjunkturprogramme zur Unterstützung der Nachfrage, vor allem die „Abwrackprämie“ vermochten das vielleicht etwas einzuschränken aber nicht aufzuhalten. Außerdem wird es sich bei einem großen Teil der Autokäufe gegen Prämie um vorgezogenen Konsum handeln. Dafür werden künftig weniger Autos gekauft.

Es ist zu erwarten, daß die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Die ersten Massenentlassungen sind bereits angekündigt: Schaeffler/Continental, Thyssen/Krupp, Karman u. v. a. werden tausende Lohnarbeiter auf die Straße setzen. Inwieweit die berechnete Angst der noch ungekündigten

Arbeiter und Angestellten weitere Konsumzurückhaltung und höhere Sparneigung verursachen wird, ist, wie alle mit Psychologie zusammenhängenden Probleme, schwer einzuschätzen.

2. Finanzmarkt

„... wie das zinstragende Kapital überhaupt die Mutter aller verrückten Formen ist, so daß z. B. Schulden in der Vorstellung des Bankiers als Waren erscheinen können“ (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 29)

Banken und andere Finanzinstitute halten weiter mit Krediten zurück. Das hat unmittelbare und mittelbare Folgen für die Realwirtschaft:

Akkumulation in der realen Wirtschaft wird in normalen Zeiten ganz oder teilweise über Kredit finanziert. Ohne Kredit sind sie nicht möglich. Dasselbe gilt für die Finanzierung von Großprojekten oder für Zwischenfinanzierungen. Das mag sich z. Zt. noch nicht so auswirken, weil bei Umsatzrückgängen ohnehin weniger Kapital akkumuliert wird,

aber längerfristig hält es die Akkumulation in engen Grenzen.

Der gesamte Handel erfordert laufend Kreditvorgänge. Wenn der Produktionsbetrieb an den Zwischenhändler liefert, entsteht in der Regel ein Kredit usw. Kreditzurückhaltung macht selbst normale Lieferungen schwierig. Die Geschäftsabwicklung wird schwierig, teuer und unsicher.

Ein großer Teil des Umsatzes an langfristigen Konsumgütern wird durch Konsumentenkredite finanziert. Diese sind z. Zt. sehr viel schwieriger und teurer zu bekommen. Auch das trägt zu rückläufigem Konsum bei.

Der Staat muß also den Banken und anderen Finanzdienstleistern helfen, das Kreditgeschäft wieder in Schwung zu bringen – wenn das kapitalistische Gesellschaftssystem beibehalten werden und wieder funktionieren soll. Was wie eine Hilfe aussieht, bringt eher die Macht des Finanzkapitals zum Ausdruck. Weil ohne das Finanzkapital nichts geht, muß die Gesellschaft diesem zu Willen sein. Das wird brutal ausgenutzt. Die Bourgeoisie und ihre Politiker



sind gezwungen, die Steuergelder der Arbeiterklasse zum Ausgleich der Fehlspekulationen heranzuziehen.

An der Macht des Finanzkapitals ändert sich auch durch die „Verstaatlichungen“ nichts. Da geschieht nichts anderes, als daß die Gesellschaft völlig zugrunde gerichtete Finanzinstitute zu überhöhten Preisen kaufen muß.

Die Menge an „Schrottpapieren“ kann niemand genau nennen, deshalb weiß auch keine Bank, ob ein Kredit forderndes Unternehmen oder eine andere Bank nicht schon überschuldet, eigentlich insolvent ist. Nicht nur untereinander haben die Banken berechtigtes Mißtrauen. Auch das produzierende Kapital bekommt weniger Kredit.

Vor allem kleine Mittelständler oder neue Unternehmen klagen darüber, daß sie keine Kredite bzw. nur zu schlechten Bedingungen und hohen Zinsen bekommen.

Zu einem Teil ist die Unsicherheit erklärbar. Immer mehr Anleihen, die vorher als sicher und wenig spekulativ galten, werden nun zweifelhaft, weil die Schuldner u. a. durch die Überproduktionskrise in Schwierigkeiten kommen. Hier schlägt die Entwicklung in der realen Wirtschaft auf das Geldkapital zurück.

Rating-Agenturen

Die Rolle der rating Agenturen ist immer noch wichtig und verheerend. Hatten diese mit übertrieben positiven Bewertungen maßgeblich zum Aufbau der Blase der „subprime“-Papiere beigetragen, so reagieren sie jetzt mit zum Teil abrupten Herabstufungen und verschärfen damit die Finanzkrise. Ob diesen ratings wirklich noch Analysen zugrunde liegen, darf bezweifelt werden. Jedenfalls sind vor allem die drei großen Agenturen (Standard & Poors, Moody's und Fitch) zu Antreibern unrealistischer Entwicklungen in beiden Richtungen geworden und weit entfernt davon Schuldtitel und andere Derivate objektiv zu bewerten.

Bewertungsfragen

Trotz aller objektiven Gründe bleiben die Schätzungen über die

Höhe der „toxischen Wertpapiere“ stark unterschiedlich. Finanzminister Steinbrück nannte in der Diskussion um „Bad Banks“ einen Gesamtbetrag von 250 Mrd. Euro für die deutschen Finanzdienstleister. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) kommt auf 816 Mrd. Euro. Die Finanzinstitute können oder wollen offenbar die Summe ihrer faulen Kredite nicht angeben.

Ähnliches wird aus den USA berichtet. Der „Stress-Test“ der US-Banken ergab „nur“ rd. 75 Mrd. \$ an Trash-Anleihen. Das wäre nicht viel. Fachleute zweifeln diese Ergebnisse aber massiv an.

Zu den neuen Erscheinungen der aktuellen Finanzkrise gehört, daß dank der Deregulierung die in den Bilanzen der Banken aufgeführten „Werte“ nicht mehr viel mit den tatsächlichen Vermögensverhältnissen und damit den Risiken der Unternehmen zu tun haben. Das verstärkt natürlich noch zusätzlich Mißtrauen und Verunsicherung.

Marxisten dürfte das weniger überraschen: *„Auch da wo der Schuldschein – das Wertpapier – nicht wie bei den Staatsschulden rein illusorisches Kapital vorstellt, ist der Kapitalwert dieses Papiers rein illusorisch. Man hat vorhin gesehen, wie das Kreditwesen assoziiertes Kapital erzeugt. Die Papiere gelten als Eigentumstitel, die dies Kapital vorstellen. Die Aktien von Eisenbahn-, Bergwerks-Schiffahrts- etc. Gesellschaften stellen wirkliches Kapital vor, nämlich das in diesen Unternehmungen angelegte und fungierende Kapital oder Geldsumme, welche von den Teilhabern vorgeschossen ist, um als Kapital in solchen Unternehmungen verausgabt zu werden. Wobei keineswegs ausgeschlossen ist, daß sie auch bloßen Schwindel vorstellen. Aber dieses Kapital existiert nicht doppelt, einmal als Kapitalwert der Eigentumstitel (...) und das andre Mal als das in jenen Unternehmungen wirklich angelegte oder anzulegende Kapital.“* (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 29). Der „Fortschritt“ gegenüber Marx' Zeit besteht darin, daß bei Derivaten und anderen „intelligenten Finanzprodukten“ das fiktive Kapital nicht nur doppelt sondern mehrfach zu existieren scheint.

In Deutschland ist die Hypo Real Estate soweit bis jetzt bekannt der größte Pool an Müllpapier. Wirtschaftler und Politiker schätzen sie als „too big to fail“ ein – also zu groß

um sie pleite gehen zu lassen, weil sie sonst andere Firmen, denen sie Geld schuldet, ebenfalls in die Insolvenz reißen würde. Der Fall Lehman Brothers in den USA, wo dieser Effekt ja tatsächlich eintrat, wird als warnendes Beispiel genannt.

Der Steuerzahler, d. h. im wesentlichen die Arbeiterklasse, wird diese Spekulationsverluste übernehmen müssen. Die Diskussion um „Bad Banks“, mit denen dasselbe für die anderen Finanzinstitute vorgenommen werden soll, ist z. Zt. noch nicht abgeschlossen. Es sollen solche Institute für jede einzelne Bank, die das in Anspruch nehmen will oder muß, gegründet werden. Die Finanzierung, d. h. den Kauf der faulen Papiere zu Buchwerten mit einem Abschlag von 10 % übernimmt der Staat über staatlich verbürgte Anleihen. Die jeweiligen Banken müssen Gebühren zahlen. Wenn sie das nicht können, dürfen keine Dividenden ausgeschüttet werden. Die „Bad Banks“ müssen langfristig versuchen, möglichst viel der faulen Papiere noch zu Geld zu machen. Wie viel das sein wird, das wagt niemand zu schätzen. Die Aktion soll maximal 20 Jahre laufen. Wenn am Ende ein „Verlust“ bleibt, was sehr wahrscheinlich ist, soll die ursprüngliche Besitzerin dafür in mehrjährigen Raten haften. Das sind Vorstellungen, die noch nicht Gesetz sind. Ob es bei diesen Vorstellungen bleibt, halte ich für unwahrscheinlich. Nicht nur im Bundestag sondern vor allem in den Lobbies ist noch nichts entschieden.

Daß die Verursacher der Fehlspekulation wenigstens teilweise und der Möglichkeit nach für die Folgen herangezogen werden, könnte einem Linken ja noch gefallen. Es liegt mir fern, diese Leute zu bedauern. Doch ob solche „sauberen“ Banken dann noch Geldkapital bekommen werden um Kredite zu geben oder Großprojekte zu finanzieren, erscheint mir fraglich.

Manches deutet darauf hin, daß dann wieder der Staat das fehlende Eigenkapital zuschießen muß. Dafür werden außer bei der HRE und der Commerzbank noch bei anderen Banken Aktien vom Steuerzahler übernommen. Unter Verstaatlichung hatte ich mir anderes vorgestellt. Ein gutes Geschäft wird es sicher nicht. Welche Summen an Steuergeld dies erfordern wird, ist zur Zeit nicht absehbar.

Auch die Verschärfung der Basel-II-Abkommen, nach dem Banken für Kredite je nach deren Bonität (die aber wieder durch ratings bestimmt wird) einen festen Anteil an Eigenkapital halten müssen, führt vielleicht zu mehr Sicherheit und größerer Vorsicht der Banken bei der Kreditvergabe, doch sie schränkt die Kreditvolumina ein, was durch „verstaatlichte“ Banken verhindert werden soll.

3. Folgen der Krise für die „3. Welt“

Die Globalisierung, verstanden als Übernahme neoliberaler Grundsätze durch die Entwicklungsländer, führt jetzt viele dieser Länder in die Katastrophe. Die Subsistenzwirtschaft in zahlreichen Ländern wurde weiter zurückgedrängt, weil WTO, Weltbank und der IWF in der Vergangenheit die Vergabe von Krediten von Auflagen abhängig machten, die diese Länder in die Weltwirtschaft integrieren sollten. Das sollte die wenig industrialisierten Länder zu Wohlstand führen und den Abstand der Lebensstandards zu den industrialisierten Ländern verringern.

Doch die Länder, die dieser Politik folgten, und statt einheimischer Lebensmittel „cash crops“, d. h. Weltmarktprodukte liefern wollten, werden nun durch die fallenden Rohstoffpreise ruiniert. „Für 390

Millionen der ärmsten Afrikaner werde sich das Einkommen um 20 % reduzieren. Die Konsequenz: Hunger, der Millionen von Kindern auf Jahre kaum reversible Schäden zufügt.“ (lt. Sozialismus 4/2009, S. 35)

Bei jeder Rezession werden weniger Erze, Energie, Baumwolle, Nahrungs- und Genußmittel (Kaffee, Kakao usw.) nachgefragt, weil die Industrie bei fallender Produktion weniger von diesen Rohstoffen benötigt und die Massenkaufkraft auch für Genußmittel weniger Absatz zuläßt.

Entsprechend können die betroffenen Länder vor allem Afrikas auch weniger Nahrung, Medikamente, Textilien usw. einführen. Sie werden sich sogar weiter einschränken müssen, auch weil für die Importeure weniger Kredit zur Verfügung steht.

Auch in der Wirtschaftsgeschichte der Industrieländer gibt es Beispiele dafür, daß bei unterbrochener Zufuhr aus Ländern mit Monostrukturen Krisen sowohl in den Herstellungs- wie in den Abnehmerländern ausbrachen wie z. B. bei der Baumwollkrise ab 1861 in Großbritannien und den amerikanischen Südstaaten. Ähnliches droht, wenn auch in anderer Erscheinungsform, in Afrika.

Der Nahrungsmangel nimmt zu, die Zahl unterernährter Menschen wächst.

Bei Fortdauer der Krise in den entwickelten Ländern wird sich die

Situation verschlimmern, weil immer weniger Nahrung importiert werden kann.

Zusätzlich werden Arbeitsmigranten, deren Überweisungen an ihre Familien in den jeweiligen Heimatländern zu deren Lebensunterhalt oder sogar zum Aufbau bescheidener Gewerbebetriebe beitragen, zurückgeschickt oder arbeitslos.

4. Globale „Bekämpfung“ der Krise

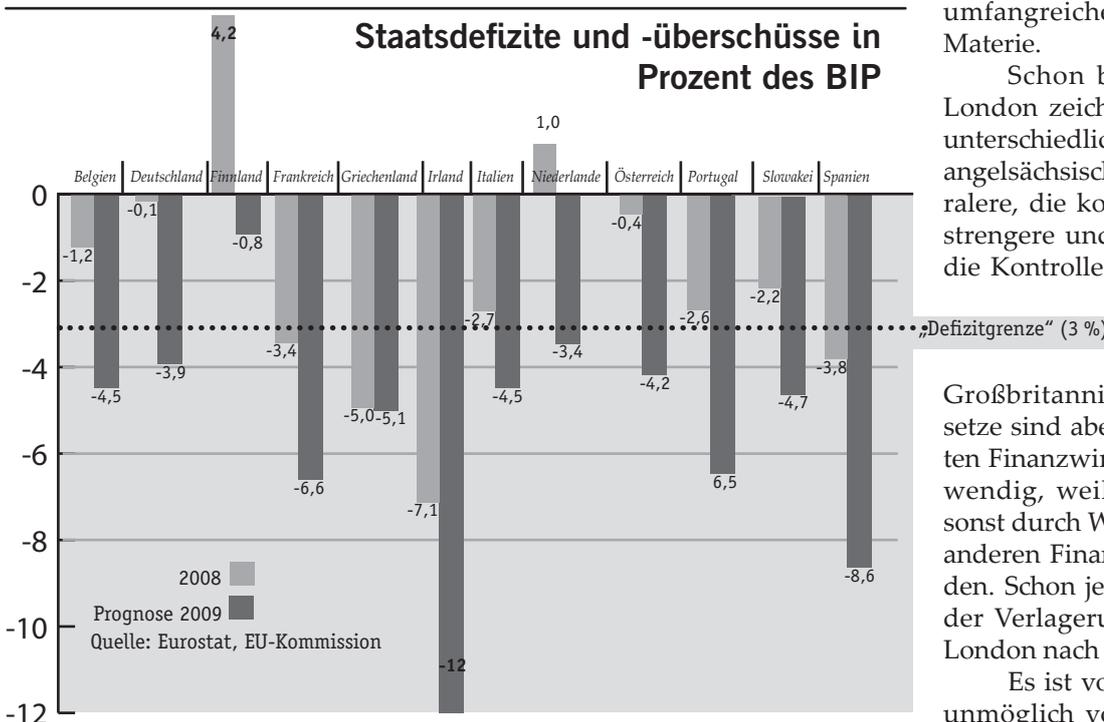
Die Regierungschefs der 20 wichtigsten Staaten (?) waren sich Anfang April einig. Die Unternehmen, vor allem der Finanzwirtschaft, müssen wieder stärker kontrolliert werden. Die Off shore Steuerparadiese mit geringer bzw. ganz fehlender Aufsicht über die Bilanzen ihrer Briefkastenfirmen werden abgeschafft. Na prima!

Leider können Gesetze für eine Re-regulierung der Finanzaufsicht nicht von internationalen Konferenzen, und seien sie noch so hochrangig besetzt, beschlossen werden; sie müssen von den jeweiligen Nationalstaaten in Gesetzesform gebracht und vor allem international aufeinander abgestimmt werden. Das wäre ein Jahrhundertwerk.

Es wurden Reformkommissionen eingerichtet von denen man seither nichts mehr gehört hat. Das ist kein Wunder bei dieser überaus umfangreichen und komplizierten Materie.

Schon bei der Konferenz in London zeichneten sich zwei recht unterschiedliche Tendenzen ab. Die angelsächsischen Länder zogen liberalere, die kontinentaleuropäischen strengere und präzisere Regeln für die Kontrolle von Banken vor. Osteuropäische Länder schlagen sich auf die Seite der USA und Großbritannien. Abgestimmte Gesetze sind aber bei einer globalisierten Finanzwirtschaft unbedingt notwendig, weil die Spekulanten sie sonst durch Wechsel von einem zum anderen Finanzplatz umgehen werden. Schon jetzt drohen Banker mit der Verlagerung des Finanzplatzes London nach Asien.

Es ist vom heutigen Stand aus unmöglich vorherzusagen ob vom



G20- und von den diversen EU-Gipfeln überhaupt etwas herauskommen wird außer Showbusiness. Auch die Pläne der EU haben wenig Aussicht auf Erfolg: „Der west-östliche Widerstand zeigt schon jetzt erste Erfolge: Eine schlagkräftige europäische Aufsichtsbehörde dürfte es in Zukunft kaum geben.“ (Spiegel 23/2009, S. 73) Die Finanzwelt scheint auch vorerst wenig beunruhigt zu sein. Die deutschen Bilanzierungsgesetze sehen nach wie vor alle Möglichkeiten vor, mit denen Unternehmer ihre wahre finanzielle Situation verschleiern oder wenigstens beschönigen können. Der Neoliberalismus ist offenbar etwas schweigsamer geworden; er ist aber weiterhin mächtig.

Der Bekämpfung der *Off shore* Steuerparadiese war dagegen glänzender Erfolg beschieden: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sollte eine Liste erstellen, die Steueroasen rücksichtslos an den Pranger stellen würde. Die Liste war schnell fertig. Sie enthielt kein einziges Land: „Wer gegenüber der OECD beteuerte, sich künftig an die internationalen Verabredungen halten zu wollen, wurde spontan in den Kreis der vermeintlich Geläuterten aufgenommen.“ spottet selbst der Spiegel (16/2009, S. 72), der bis vor kurzem selbst stramm neoliberale Standpunkte vertrat.

5. Deutsche Konjunkturprogramme

Die wesentlichen bereits beschlossenen Gesetze und wem sie hauptsächlich zugute kommen, haben wir in *Arsti* 163, S. 7, Grafik 4 aufgeführt. Sie belaufen sich nach staatlichen Angaben auf rd. 82,5 Mrd. Euro. Dazu kommen Bürgschaften in Höhe von rd. 100 Mrd. Letztere dürfen wegen angekündigten weiteren Hilfen für Banken und Industriebetriebe (Opel, Schaeffler usw.) noch deutlich ansteigen. Wieviel dieser Bürgschaften ausgabewirksam werden, ist nicht abzusehen.

In den nächsten Wochen muß die Bundesregierung einen zweiten Nachtragshaushalt mit neuerlicher Schuldenaufnahme vorlegen. Das

dürfte nicht der letzte Nachtragshaushalt bleiben. Es ist die höchste Nettoverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik. Weil der erhöhten Geldmenge kein Gleichwertiges an Waren, an Wert, gegenüber steht, sind inflationäre Entwicklungen in der Zukunft nicht auszuschließen. Auch die Sozialkassen rutschen immer tiefer in die Miesen, weil Beitragseinnahmen geringer und Ausgaben tendenziell höher werden.

Dabei ist die Bundesrepublik bei der EZB und international noch



aus „Sozialismus“, 2/09

kreditwürdig. Sie muß nur Zinsen in Höhe von wenig über 3 % bezahlen. Andere EU-Länder sind schlechter dran. Griechenland z. B. zahlt über 6 %. Ungarn konnte keine Kredite von Banken mehr bekommen und mußte vom IWF gerettet werden (siehe Grafik 3).

Auch Staaten können zahlungsunfähig werden. Sie müssen dann ihre Schulden streichen oder mindern, ihre Gläubiger also ganz oder teilweise enteignen (aber ohne Entschädigung). Im letzten Jahrhundert kam das in Deutschland zweimal vor.

Dergleichen steht bei uns derzeit noch nicht vor der Tür. Es sollte

aber festgehalten werden, daß auch Staatsbankrotte zum Kapitalismus gehören. Schuldenmacher sollten das bedenken.

Programme und Wahlkampf

Die Zahl der Vorschläge zur Beseitigung der Krise und der Vermeidung von Massenentlassungen ist unübersehbar (siehe auch Grafik 4). Daher nur einige Beispiele:

Die Parteien fordern Steuersenkungen. Dabei ist der Staat jetzt schon überschuldet. Das Steuersystem ist zweifellos zu kompliziert und ungerecht. Steuerreform war bisher immer ein Schlachtfeld für die Lobby. Alle Reformen bis heute machten das System noch unübersichtlicher und ungerechter.

Herr Hundt, Arbeitgeberpräsident, fordert Entlastung der Unternehmen von Sozialbeiträgen. Kollege Huber, IGM-Vorstand, fordert einen staatlichen Fonds in Höhe von 100 Mrd. Euro aus dem Unternehmen, die Entlassungen planen (oder dies vorgeben), subventioniert werden sollen. Herr Hundt und Kollege Berthold übersehen, daß die Überkapazitäten dadurch nicht geringer werden. Entlassungen werden also nicht vermieden sondern höchstens hinausgeschoben.

Es gibt zweifellos auch Reformen, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse positiv zu bewerten und zu unterstützen sind. Das gilt vor allem für die Verlängerung der Kurzarbeit auf jetzt 24 Monate. Auch das wird den Abbau von Überproduktion nicht verhindern, sie aber für einen großen Teil der Betroffenen erträglicher machen. Dasselbe gilt für andere Vorschläge der Gewerkschaften. Rückführung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre oder weniger, Verbesserung der Möglichkeiten für Altersteilzeit usw.

Aber daß Überproduktionskrisen zur Vernichtung von Kapital und zu Arbeitslosigkeit führen, ist eines der unvermeidbaren Ergebnisse des kapitalistischen Produktionsverhältnisses.

Stand: 2. 6. 2009

Ruhe vor dem Sturm? Welche Reaktionen sind aus den Betrieben zu erwarten?

Die Meldungen in den Medien könnten zur Zeit nicht unterschiedlicher sein. Haben die einen den Sturz in den Abgrund vor Augen, sehen die anderen bereits das Licht am Ende des Tunnels.

lage als sehr schlecht eingeschätzt. Aber drei Viertel der Befragten rechnen damit, dass ihre persönliche wirtschaftliche Lage gleichbleiben wird – oder sich sogar verbessert“.

Und die Süddeutsche schreibt: „Die Welt steht Kopf“, und zitierte un-

zeigen, dass die Stimmung in Frankreich sehr viel aufgeheizter ist. Dort ist die Krise real bei den abhängig Beschäftigten angekommen und das heißt: umfassende Massentlassungen stehen ganz konkret auf der Tagesordnung.



Wieder welche befürchten die Hyperinflation, die anderen warnen vor einer weltweiten Deflation. Sozialer Aufruhr wird befürchtet, sagen die einen. Das sei nicht der Deutschen Art, wird dann entgegengehalten.

Das alles, die widersprüchlichen öffentlichen Äußerungen, Verlautbarungen und Meinungen der politischen Akteure und ihrer Medien, ist der Ausdruck der tiefen Ratlosigkeit und Verunsicherung im Umgang mit der Krise. Das gilt sowohl für „die da oben“, als auch für „die da unten“.

So schreibt der Tagesspiegel Mitte April: „Die Stimmung im Land hat sich in den vergangenen Monaten praktisch nicht verändert“, sagt Andrea Wolf vom Mannheimer Meinungsforschungsinstitut Forschungsgruppe Wahlen. „Zwar wird die allgemeine Wirtschafts-

längst Roger Cohen, den langjährigen Berlin-Korrespondenten der *New York Times* in einem Gastbeitrag. „Die Lage ist fürchterlich, aber die Deutschen sind glücklich!“ So kann man das natürlich sehen, besonders wenn man die sichtbare politische Entwicklung in anderen Ländern zum Vergleich heranzieht, wie zum Beispiel in Frankreich.

Es scheint so, als würden französische Arbeiter im Arbeitskampf nicht lange fackeln, wenn es um ihre Arbeitsplätze geht. Manager von Firmen wie Sony, Caterpillar, Scapa und 3M bekamen das in den vergangenen Wochen schon zu spüren. Beschäftigte nahmen die Chefs in Geiselnhaft, wie bürgerliche Journalisten diesen Vorgang ausdrücken, um Zugeständnisse zu erzwingen.

Auch die Massendemonstrationen und umfassende Proteststreiks

Im Vergleich dazu ist es in der BRD ruhig! Nun hat das weniger mit Mentalitätsunterschieden zu tun als mit der realen politischen Lage. Bisher wird bei uns die Beschäftigung künstlich gestützt: durch die Betriebe, die auf Kurzarbeit umstellen, und durch die Regierung, die mit Konjunkturstützungsmaßnahmen, wie beispielsweise der „Abwrackprämie“, Milliarden in die Wirtschaft pumpt. Von Dauer wird das aber nicht sein, das wissen auch die KollegInnen in den Betrieben.

Dort geht inzwischen die Angst um den Arbeitsplatz um. Die allermeisten sind äußerst verunsichert, was sich im Moment noch in der Bereitschaft äußert, fast bedingungslos jeder Lohnsenkung, jeder Arbeitszeitverlängerung und jedem noch so prekären Arbeitsverhältnis zuzustimmen.

Diese Anpassung führt dazu, dass sich viele kaum noch trauen, krank zu sein. Und die Statistik beweist das: Seit 1990 ist der Krankenstand in deutschen Betrieben von 5,5 auf 3,3 Prozent gesunken. Das ist der historisch niedrigste Stand überhaupt. Dabei sind die Werk­tätigen mit Sicherheit nicht gesünder geworden. Der kapitalistische Verwertungsprozess lässt das mit seiner zunehmenden Leistungsverdichtung und mit zunehmendem Stress nicht zu.

Inzwischen wird gehofft, dass die Regierenden die Rettung bringen. Doch genau weiß man das natürlich nicht, weshalb die allgemeine Verunsicherung in den ersten Maitagen angestiegen ist. Inzwischen sorgen sich (lt. ARD-Deutschlandtrend im Mai) bereits 57 Prozent, gegenüber 25 Prozent Mitte April, um ihre wirtschaftliche Zukunft.

Aber dennoch ist das Vertrauen in den Kapitalismus und seine Repräsentanten ungebrochen. Auch das Vertrauen in seine Institutionen ist groß. Man sieht den Staat seinen Aufgaben gewachsen. Man glaubt, dass die Bundesregierung in der Lage ist, Deutschland aus der Krise herauszuführen und dass danach wieder alles so ist, wie es war. Und dieses Vertrauen scheint im Moment noch eher zu wachsen, als wegzubrechen. Anders können die Deutschlandtrend-Ergebnisse der ARD nicht interpretiert werden. So würden für die nächste Legislaturperiode 44 Prozent eine unionsgeführte Koalition, 33 Prozent eine unter SPD-Führung bevorzugen. Schwarz-Gelb findet das größte Vertrauen: 46 Prozent halten diese Koalition für ein gutes Bündnis, eine große Koalition immerhin 37 Prozent.

Die Schein-Aktivitäten der Bundesregierung, ihre scheinbaren Anstrengungen, Arbeitsplätze zu retten, wie bei Opel, die angekündigte Verlängerung der Bezugszeit für Kurzarbeitergeld, die Abwrackprämie, oder auch die von Merkel gegebene Garantie aller Sparguthaben sowie der vorangetragene Optimismus, dass das Schlimmste bald vorbei sei, haben ihr ein „Macher“-Image verliehen, das der bevorstehenden Nagelprobe nicht standhalten wird.

Die Wirklichkeit der kapitalistischen Krise deckt sich nicht mit der Stimmungslage in der Bevölkerung. Die Wirklichkeit ist, dass sich die Konjunktur im freien Fall befindet. Der Wirtschaft gehen die Aufträge aus und in der Schlüsselindustrie der deutschen Industrie, der ME-Industrie, kommt die Produktion zum Stillstand, oder sie sinkt in dramatischer Weise.

Kein zyklischer Abschwung, sondern eine historische Systemkrise!



In den ersten beiden Monaten dieses Jahres brach der Auftragseingang im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent ein. Aus dem Inland gingen 33 Prozent weniger Bestellungen ein, bei den Auslandsaufträgen waren es 45 Prozent weniger. Natürlich ergeben sich aus dieser Entwicklung Konsequenzen für die Beschäftigung, die zur Zeit noch durch Kurzarbeit gehalten wird. Aber nach einer Befragung des ifo-Instituts im März 2009 wollen 44 Prozent der Betriebe in den nächsten Monaten Arbeitsplätze streichen. 55 Prozent wollen die Beschäftigung konstant halten. Von Einstellungen ist nirgendwo mehr die Rede.

Am härtesten trifft es den Fahrzeugbau. Hier ging die Produktion, trotz Abwrackprämie, um 44 Prozent zurück. Ihm folgen die Stahlindustrie mit minus 34 Prozent, die Elektroindustrie mit minus 27 Prozent und der Maschinenbau mit minus 23 Prozent.

Wie gesagt, die Umfrage ist vom März. Inzwischen hat sich die Krise weiter verschärft und man kann

davon ausgehen, dass es in allen anderen Industriebereichen nicht viel besser aussieht.

Ende April hat die Bundesregierung ihre Konjunkturprognose vorgelegt. Die *Frankfurter Rundschau* kommentierte die Prognose mit der Überschrift: „Ein einziger Scherbenhaufen“, die *Zeit* mit der Überschrift: „Blick in den Abgrund“. Und beide haben damit Recht.

Denn die Regierung geht inzwischen von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von sechs Prozent aus. Die Lage muss mehr als dramatisch sein, wenn diese Regierung solche Zahlen veröffentlicht und nicht den Versuch macht, die tatsächliche Lage zu kaschieren.

Doch ansonsten ist Optimismus angesagt. So hat Merkel laut *Spiegel* von den Gewerkschaften am 1. Mai „konstruktive Antworten“ statt Panikmache gefordert. Das schlimmste der Krise ist ihrer Meinung nach bald überstanden. Es ist unglaublich, auf welche Lügen und Verdummungsmethoden die Regierenden zurückgreifen, um nur ja die kommenden Bundestagswahlen zu gewinnen. Nach der Wahl wird allerdings die Wahrheit umso deutlicher ans Tageslicht kommen.

Ein Rückgang des BIP um sechs Prozent wird die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres dramatisch steigen lassen. Die Wirtschaftsgutachter der Bundesregierung rechnen in ihrem Gutachten bis Ende 2010 mit knapp fünf Millionen Arbeitslosen. Doch was kann man auf die Prognosen dieser bürgerlichen Ökonomen geben? Vor kurzem gingen sie noch von einem Rückgang des BSP von „nur“ zwei Prozent aus.

Es könnte aber noch weitaus schlimmer kommen. So hat die *Wirtschaftswoche* vor einigen Monaten ein so genanntes Worst-Case-Szenario entwickelt. Sie geht dabei von einem Rückgang des BIP um 15 Prozent bis 2013 aus, die Folge wären acht Millionen Arbeitslose.

Gleichgültig, wie hoch die Zahlen der Erwerbslosen tatsächlich sein werden, sie werden gigantisch hoch sein. Und es handelt sich bei dieser Krise nicht nur um einen zyklischen Abschwung, sondern um eine histo-

rische Systemkrise, nur vergleichbar mit der großen Depression der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts. Die Krise wird sich Bahn brechen und sich auch nicht durch die Behandlungsmethoden einer Merkel, Steinbrück und Co. aufhalten lassen.

Angriff des Kapitals auf die materiellen Besitzstände der Arbeiterklasse

Schrumpft die Wirtschaft in der angekündigten Größenordnung, kommt ein Teufelskreis in Gang. Sind mehrere Millionen Menschen ohne Einkommen, sinken sowohl das Steueraufkommen aller öffentlichen Haushalte als auch die Einnahmen der Sozialversicherungen. Schon im laufenden Jahr müssen Bund, Länder und Gemeinden mit Mindereinnahmen von 20 bis 30 Milliarden Euro rechnen. Der gesamte Sozialstaat funktioniert aber nur, wenn die Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen, der Kommunen und der Länder einigermaßen im Gleichgewicht sind. Besteht ein Ungleichgewicht, kann dies nur bedingt durch Beitrags- und Steuererhöhungen ausgeglichen werden. In dem Falle muss nach bundesrepublikanischer Verfasstheit der Staat unterstützend eingreifen. Bei einem drastisch sinkenden Steueraufkommen wird das, Verfassung hin, Verfassung her, nicht freiwillig erfolgen. Wird der Staat aber durch den entsprechenden Druck dazu gezwungen, wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als die Notenpresse anzuwerfen, allerdings mit der Perspektive einer Hyperinflation.

Am schnellsten wird die Arbeitslosenversicherung in eine Schiefelage kommen. Es wurde in Nürnberg bereits angekündigt, dass wahrscheinlich im Oktober der Bundesagentur das Geld ausgeht. Bedingt durch steigende Leistungen für Arbeitslose und Kurzarbeiter, werden die Reserven der Bundesagentur aufgebraucht sein. Und es wird noch drastischer kommen. Laut Handelsblatt droht ihr im kommenden Jahr ein operativer Verlust von etwa 23 Milliarden Euro. Die anderen Sozialversicherungen, wie die Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und

Rentenkassen werden ähnliche Probleme bekommen.

Auch wird schon über die Renten diskutiert. Eine Rentenkürzung werde es nicht geben, verkündet Sozialminister Olaf Scholz. Offensichtlich im Wahlkampftraumel erklärt er, sein Haus werde eine gesetzliche Formulierung entwickeln, die klarstelle: „In Deutschland werden die Renten nicht gekürzt – nicht im nächsten Jahr und auch nicht in späteren Jahren“ (FR 28. 04. 09).

Was kaum jemand wusste, wird so bekannt: die gesetzlichen Renten können sehr wohl gekürzt werden, wenn in einem Jahr die Lohn- und Gehaltssumme sinkt. Aber: die Renten sind sicher! Schon Blüm hat das



zu Wahlkampfzeiten versprochen. „War es in den vergangenen Rezessionen nicht gelungen, den Sozialstaat sturmreif zu schießen, so könnte die Krise ihn nun hinwegspülen, ohne dass jemand dafür in Haftung genommen werden kann“, meint zu dem Thema der Freitag (28. 4. 09).

Ein weiterer Baustein zur Krisenverschärfung ist derzeit in den Betrieben angekündigt und teilweise schon in der Umsetzungsphase. Es geht um den Versuch der Kapitalisten, die Löhne und Gehälter in breitem Umfang zu kürzen. So melden im April die Medien, dass in der ME-Industrie die im Herbst letzten Jahres vereinbarte Lohnerhöhung von 2,1 Prozent im Mai nicht ausbezahlt wird. Begründet wird das mit einer Öffnungsklausel im Tarifver-

trag, die diese Möglichkeit beinhaltet, wenn Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen.

Zwar hat der IG Metall-Vorsitzende Bertold Huber vollmundig getönt, dass eine Verschiebung der Lohnerhöhung nicht in Frage komme. In den Folgetagen war er sich dann aber doch nicht mehr so sicher. Einer Verschiebung der Erhöhung könne man generell nur zustimmen, wenn die Arbeitgeber Gegenleistungen anbieten, hieß es da. Bei Gesamtmetall erklärte man dazu, dass im Tarifvertrag von Gegenleistungen keine Rede sei. Ein „zuverlässiger Tarifpartner“ äußere sich anders. Damit wird Huber dann wohl die Realität eingeholt haben.

Es werden runde 50 Prozent der Betriebe der ME-Industrie, wie von Gesamtmetall angekündigt, im Mai die Lohnerhöhung nicht weitergegeben haben. Nach dem Tarifvertrag ist zwar nur die Verschiebung der Erhöhung um ein halbes Jahr möglich, doch wird die wirtschaftliche Lage zu einem späteren Zeitpunkt noch schlechter sein, so dass die Werk tätigen die Lohnerhöhung werden völlig abschreiben können.

Doch das ist es nicht alleine. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Angriff auf die materiellen Besitzstände der abhängig Beschäftigten seitens des Kapitals sehr viel massiver auf die Tagesordnung gesetzt wird.

So ging am 28. April durch die Medien, dass Daimler plant, rund 73.000 Beschäftigten die Wochenarbeitszeit zu kürzen, und damit den Lohn um bis zu neun Prozent. In dieser Absicht steht der Daimler-Konzern nicht alleine. Andere Kapitalisten aus der Metallbranche, wie die Autozulieferer Bosch, ZF Friedrichshafen. Behr oder Sachs, haben bereits ähnlich harte Kürzungen zwischen zwei und 15 Prozent vorgenommen.

Der Gesamtbetriebsrat des vor dem „Aus“ stehenden Opel-Konzerns, hat signalisiert, dass ihm klar sei, dass, fände man einen neuen Investor, dies mit Zugeständnissen seitens der Arbeitnehmer verbunden sei. Von bis zu 10 Prozent Lohnkürzungen war die Rede, die man akzeptieren müsse. Doch nicht nur in der Metallbranche findet man diese Unternehmerangriffe, sondern auch in allen anderen Branchen. Sei es in

der Chemie oder im Handel – überall dieselbe Tendenz: Lohnabbau.

So verzichteten beispielsweise die Beschäftigten des Handels- und Touristikonzerns Arcandor jährlich auf insgesamt 115 Millionen Euro Gehalt. „Normale Mitarbeiter verdienten im Zuge eines so genannten ‚Zukunftspakets‘ sieben bis zwölf Prozent weniger als bislang, teilte Arcandor mit. Dies habe der Vorstand mit den Gesamtbetriebsräten und der Gewerkschaft Ver.di vereinbart“, schreibt der Spiegel Mitte April.

Hält diese Entwicklung an, und nichts spricht dagegen, kommt es zweifellos zu einer Krisenverschärfung. Wenn die Löhne ins Rutschen kommen, geht die Nachfrage nach Waren oder Dienstleistungen zurück. Gustav Horn vom gewerkschaftsnahen Düsseldorfer Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung warnt im Spiegel: „Lohnsenkungen sind infektiös und bergen deflationäre Gefahren“. Horn sieht bereits diese verhängnisvolle Spirale in Gang gekommen. Und auch Peter Bofinger vom Sachverständigenrat der Bundesregierung warnt in dem Artikel: „Wir stehen am Rande einer Deflation“.

Büchse der Pandora

Die Entwicklung gleicht der Situation während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Auch damals sank die Nachfrage nach Gütern dramatisch, die Produktion schrumpfte. Reichskanzler Brüning verschärfte in Zusammenarbeit mit den Kapitalisten den Nachfrageausfall. Per Notverordnung kürzte er die Beamtensoldung zwischen 19 und 23 Prozent. Mit seiner Politik unterstützte er offensiv die Industrie in ihrer Lohnkürzungspolitik. In der Metallindustrie beispielsweise wurden 1930/31, trotz gewerkschaftlichen Widerstands, die Tariflöhne zunächst um drei, dann um acht Prozent gesenkt – mit den bekannten Folgen.

Den Kapitalisten fällt ihre Lohnsenkungspolitik relativ leicht.

Geschuldet ist das der IG Metall selbst. Mit dem 2004, unter der Federführung des damaligen Bezirksleiters Huber, abgeschlossenen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung, dem so genannten Pforzheimer Abkommen, gibt sie den Kapitalisten die Möglichkeit zu diesem Handeln. Das Abkommen war von Anfang an innerhalb der Gewerkschaft umstritten. Selbst der damalige Vorsitzende, Jürgen Pe-



ters, bezeichnete es als die „Büchse der Pandora“, die man jetzt geöffnet habe. Die aktuelle Entwicklung gibt heute den Kritikern dieses Abkommens in jedem Punkt Recht.

In dem Tarifvertrag wurde vereinbart, dass Betriebe „zur Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit“ vorübergehend vom Flächentarifvertrag abweichen können. Dafür müssen sie „tragfähige und nachprüfbare Standort- und Beschäftigungskonzepte vorlegen und sich zu Gegenleistungen verpflichten“.

Arzt am Krankenbett des Kapitalismus?

Doch was bedeuten schon einem Kapitalisten Zukunftskonzepte und Beschäftigungsgarantien. Die Lohnkürzungen wirken sofort und unmittelbar. Das ist wichtig, das ist sein Interesse, alles andere ist Makulatur. Was morgen kommt, wird sich zeigen. Kommt es anders als gedacht, interessieren die Zusagen von gestern keinen mehr. Und genau das geschieht aktuell. In fast allen Automobilkonzernen wurden

in der Vergangenheit „Bündnisse für Arbeit“ geschmiedet.

Und nicht nur dort. Nach einer Umfrage des zur Hans-Böckler-Stiftung gehörenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts gibt es in jedem vierten Betrieb, der über 20 Beschäftigte und einen Betriebsrat hat, eine „Beschäftigungsgarantie“. Der Preis dafür waren unbezahlte Mehrarbeit, weniger oder kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, oder gleich direkte Lohnkürzungen.

Was die Beschäftigungsgarantien wert sind, zeigt sich jetzt. Überall wackeln die Zusagen. Selbst das Handelsblatt stellt in seiner Ausgabe vom 29. April die Frage: „Was gilt ein Versprechen in der Krise?“ und beantwortet an betrieblichen Beispielen, dass diese Versprechen nicht einmal warme Luft sind.

Am Beispiel von Daimler wird gezeigt, dass es wie in allen anderen Betriebsvereinbarungen so genannte Notfallklauseln gibt, mit denen sich die Unternehmer ein Hintertürchen offengehalten haben. Ändern sich bei Daimler z.B. die „wesentlichen Grundannahmen“, so muss über die „Personalüberhänge“ neu verhandelt werden. Wie schon gesagt, die Grundlage solcher Betriebsvereinbarungen ist ein Tarifvertrag. Konkret heißt das, dass die Kapitalisten ein Instrument in der Hand haben, mit dem sie „legal“ Entlassungen und Lohnkürzungen durchsetzen können.

Für die Gewerkschaften wird das weit reichende Folgen haben, mit der Konsequenz einer weiteren Schwächung der politischen Handlungsfähigkeit. Am Ende der Entwicklung wird ihr einstiger Stolz, die Tarifpolitik, ein Trümmerhaufen sein. Wenn sie jetzt in dieser Krise auf eine verstärkte Sozialpartnerschaft mit dem Kapital setzen, werden sie eine vernichtende Niederlage erleiden. Die Lehren aus der eigenen Geschichte werden nicht gezogen. So wünscht sich DGB-Sommer die „echte Renaissance der sozialen Marktwirtschaft“.

Die Führungen der Einzelgewerkschaften stehen dem in nichts

nach. Mehr als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ wollen sie nicht sein. Bestärkt in dieser Haltung werden sie noch durch die „neuen Freunde“, die sie plötzlich überall haben. Auf einmal umarmen alle die Gewerkschaften. Selbst die FDP, die einst ihre Gegnerschaft nicht laut genug betonen konnte, will ihnen nahe sein. Die Zeit meint dazu am 30. April unter der Überschrift „Die Gewerkschaften sind zurück“: „Die deutschen Gewerkschaften sind im Aufwind. Ihr Mitglieder-schwund ist nahezu gestoppt, ihre Umfragewerte steigen, ihre Stimme zählt wieder, in der Politik wie in Betrieben, wo sie als Bündnispartner im Krisenmanagement gebraucht werden.“

Über solche Einschätzungen freut man sich in den Apparaten und sieht nicht, wie fragil beispielsweise die Mitgliederstabilisierung ist. Die gibt es im Moment nicht wegen gewerkschaftlicher Erfolge, sondern weil abhängig Beschäftigte zutiefst verunsichert sind und nach Orientierung suchen.

Orientierend wirkt aber auf Dauer bei einer sich verschärfenden Krise nicht die Reaktivierung des „Bündnisses für Arbeit“, Co-Management und die Verbreiterung der Sozialpartnerschaft mit dem Kapital, sondern die Mobilisierung der Mitgliedschaft gegen Entlassungen und die Abwälzung der Krise auf die Schultern der Arbeiter- und Angestelltenschaft.

Rückbesinnung auf den rheinischen Kapitalismus?

Rechtsfragen sind Machtfragen und diese löst man nicht am Verhandlungstisch, sondern auf der Straße.

Doch davor hat der Apparat Angst. Unter dem Eindruck der Krise weiß man nicht, ob sich mobilisierte Belegschaften noch steuern lassen. Aus diesem Motiv heraus kommen auch Sommers Warnungen vor so-

zialen Unruhen. Die Reaktionen der bürgerlichen Medien und Politiker weisen darauf hin, dass man dort solches durchaus als reale Gefahr sieht und fürchtet. Mit der Warnung vor solchen Unruhen bietet sich Sommer an, das zu verhindern. Dazu will er aber ein Entgegenkommen von Seiten der Politik und des Kapitals.

IG Metall-Vorsitzender Bertold Huber stellt in einem Interview mit



Speisesaal eines Obdachlosenasyls, Berlin 1930er Jahre

der Welt am Sonntag die aktuellen Vorstellungen der Gewerkschaften dar. Sein Credo: Mit allen Mitteln sollen Entlassungen verhindert werden. Erreichen will er das vorrangig durch Verhandlungen. Er geht davon aus, dass seine Argumente zur Einsicht bei den Kapitalisten führen. Huber dazu: „Wir wollen soziale Unruhen verhindern“. Huber will notfalls zwar auch mit Streikmaßnahmen Entlassungen verhindern, wie jetzt bei Federal Mogul. Doch eine breite und vor allem betriebsübergreifende Bewegung soll das nicht werden. Schließlich soll das partnerschaftliche Verhältnis mit den Kapitalverbänden nicht im Kern verletzt werden.

Huber benennt sein Ziel in dem Interview klar und deutlich: „Wir brauchen eine Rückbesinnung auf den rheinischen Kapitalismus westdeutscher Prägung, wir brauchen die Zivilisierung des Kapitalismus. Dieser schaffte so hohen Wohlstand, weil er auch auf die Mitwirkung der Arbeitnehmer setzte. Durch das Aufkommen der Shareholder-Value-Ideologie gab es einen Bruch. Übergroße Renditeerwartungen sorgten für großen Druck auf Belegschaften, teilweise gab es eine Brutalisierung von Arbeitsverhältnissen.“

Welch eine Ignoranz kommt hier zum Ausdruck!

Oder „Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.“?

Offensichtlich fehlen Huber jegliche Kenntnisse über die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Ökonomie. Die Klassenstruktur der Gesellschaft und der daraus resultierende Gegensatz von Kapital und Arbeit werden ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen. Seine konkrete Krisenanalyse liegt unter dem Niveau bürgerlicher Journalisten.

Die Apparate der heutigen Gewerkschaften verhalten sich im Grunde nicht anders wie der Apparat des ADGB in der Weimarer Zeit. Aus der Geschichte jedenfalls haben sie nichts gelernt. Huber nimmt nicht einmal die Satzung der IG Metall, deren Vorsitzender er ist, ernst. Unter dem Punkt „Ziele und Aufgaben der IG Metall“ wird formuliert: „Erringung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb und Unternehmen und im gesamtwirtschaftlichen Bereich durch Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.“

Wer es mit dem Kampf gegen „jede“ Entlassung tatsächlich ernst meint, kommt mit der sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmung nicht weiter. Er muss selbst bestimmen können, was in den Betrieben geschieht. Um das zu können, muss er die Eigentumsfrage stellen. Dazu sind aber die Gewerkschaftsführungen heute nicht bereit, obwohl in ihren Satzungen die Sozialisierung von Betrieben als Gewerkschaftsziel formuliert ist.

Wann aber, wenn nicht jetzt, soll diese Frage gestellt werden?

Aber nicht einmal bei Opel oder bei den angeschlagenen Banken stellen die Gewerkschaften diese Frage bzw. Forderung. Dabei stießen sie bei den betroffenen Belegschaften sicher auf große Reso-

nanz. Damit wäre auch eine mobilisierende Forderung vorhanden, die auf die abhängig Beschäftigten orientierend wirkt und vor allem bei der weiteren Krisenverschärfung zu einer gesellschaftlichen Bewegung werden könnte.

Aber gerade eben das will man nicht. Man will zurück zum „*Rheinischen Kapitalismus*“, und begreift nicht, dass das nicht mehr möglich ist. Im Augenblick ist das kein Widerspruch zum Denken der abhän-

spitzen aus Opportunitätsgründen gezwungen sind, ihren Kurs zu ändern. Aber selbst das ist nicht sicher. Klar ist nur, dass sie von sich aus nichts tun werden, um die Arbeiterklasse tatsächlich in die Offensive zu bringen.

Das muss diese schon selbst tun. Hierzu sind die Aussichten nicht schlecht. Wenn es europaweit zu einer Widerstandsbewegung gegen das Abladen der Krisenlasten auf die Rücken der abhängig Beschäftigten



Münchener Tafel, Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige, Deutschland 2007.

gig Beschäftigten. Auch sie wollen nichts anderes. Das hat sich deutlich auf dem DGB-Aktionstag in Berlin vergangene Woche gezeigt. Nur auf wenigen Transparenten waren anti-kapitalistische Forderungen zu lesen. Und die moralischen Anklagen der Gewerkschaftsvorsitzenden gegen die gierigen Manager und Heuschrecken wurden lautstark durch die Demonstranten unterstützt.

Doch es wird der Tag kommen, wo die Werkstätigen feststellen werden, dass die Rezepte ihrer Gewerkschaften nichts taugen, dass im Gegenteil die Lage immer schlechter wird; dann wird bei ihnen die Wut wachsen – eine Wut gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, aber auch die Wut gegen die eigene Organisation.

Es besteht dann durchaus die Möglichkeit, dass die Gewerkschafts-

kommt, wird das auch seine Resonanz bei uns finden, mit oder ohne Gewerkschaftsführung.

Ein Journalist der *Financial Times Deutschland* kommentiert die Lage in der BRD Anfang Mai folgendermaßen: „*Die Wut wird kommen. Wenn die Arbeitslosigkeit wieder steigt, zunächst auf vier Millionen, dann auf fünf Millionen; wenn Unternehmen erkennen, dass der Absatzrückgang nicht durch den normalen Konjunkturverlauf verursacht wurde, sondern durch einen strukturellen Bruch in der globalen Nachfrage; wenn Kurzarbeit in Arbeitslosigkeit mündet. Dann kommt die Wut, auch und vielleicht gerade in Berlin. Man sollte daher die merkwürdige Ruhe im Land nicht falsch interpretieren. Es ist nicht die Ruhe einer mit sich zufriedenen Gesellschaft. Es ist die Ruhe vor dem Sturm.*“

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 163 Frühjahr 2009, 44 S.

- Die Krise – und was zu tun ist
- „Die Stunde der politischen Ökonomie“
- Der Gipfel der Erbärmlichkeit
- Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich dramatisch
- Streiks in Anlagen-Bau in Großbritannien
- Bewegt sich Uruguay weiter nach links?
- Vietnam – der etwas andere Sozialismus?
- Israel und Hamas haben gesiegt – und wer hat verloren?
- Wie ist das mit dem Feind meines Feindes?
- November 1918 – Versuchte Revolution

Nr. 162 Winter 2008/09, 44 S.

- Krise: Das dicke Ende kommt erst noch!
- Der Metallabschluss – Kein fauler Kompromiss
- Unsere Jahreskonferenz
- Die soziale Kluft wird größer
- Kolumbien: Neue Achse Berlin – Bogota?
- Zeitgemäße Sozialismuskonzeption
- 29 Wahlen in Österreich 2008
- Spanien: 30. Jahrestag der Verfassung
- Novemberrevolution in München
- Salvador Allende. Eine Chronik

Nr. 161 Herbst 2008, 40 S.

- Die Finanzkrise eskaliert
- Russlandkrise
- Kolumbien: Schwierige Zeiten für die Guerilla
- Ecuador
- Der Castrismus nach Castro
- China: Das rote Mandarint
- Jahrestag des Versuchs einer sozialistischen Reform in der CSSR
- Trotz alledem! – Ein Beitrag zur Geschichtsdebatte
- Rezensionen...

Nr. 160 Sommer 2008, 36 S.

- Spalten, unterlaufen, zerstören! Die gelben Gewerkschaften
- Die Transnet-Legende
- Nahrungskrise
- Rolf Becker im Interview
- Versammlungsgesetz auf bayerisch
- Ein Wahldesaster für Labour
- Einige Anmerkungen zu Afghanistan
- Schon wieder mal besorgt... NPD in Sachsen

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Dunkle Wolken an Zentralamerikas Horizont

Was bringt ein Freihandelsabkommen mit der EU?

In dem im Jahr 2000 in Lissabon von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Programm, der sog. Lissabon-Agenda, war als Ziel definiert worden, die EU innerhalb von zehn Jahren „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.“ Bei diesem Vorhaben grenzte sich die EU sehr bewusst von den USA mit dem Anspruch eines „Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz“ ab, was immer man darunter verstehen mag. Letztlich geht es um eine Weltmarktstrategie, die sich bisher im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wegen des massiven Widerstands der Länder des Südens nicht realisieren ließ. Der EU-Handelskommissar Peter Mandelson drückte es so aus: „Es geht darum, den europäischen Unternehmen (...) Zugang zu weltweiten Märkten und das sichere Operieren auf selbigen zu ermöglichen.“

Seit 2002 wird im Rahmen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU (EPAs – Economic Partnership Agreement) mit 78 Staaten (davon die Mehrzahl ehemalige europäische Kolonien in Afrika, der Karibik und im Südpazifik) verhandelt. 39 dieser Staaten gelten nach UNO-Kriterien als zur Gruppe der ärmsten Staaten der Erde zählend.

Die EU verlangt von den AKP-Staaten (AKP: Die Gruppe der **afrikanischen, karibischen und pazifischen** Staaten), dass sie ihre Märkte für europäische Produkte öffnen, die Importzölle senken und Subventionen streichen. Dahinter verbergen sich strategische Zielsetzungen: Es wird eine europäische Vormachtstellung auf Wachstumsmärkten angestrebt. Des weiteren soll die Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen gesichert werden. Und schließlich sollen nicht-tarifäre Handelshemmnisse (so etwa umwelt- und menschenrechtliche Standards) beseitigt werden.

Wenn äußerst ungleiche Partner miteinander verhandeln, sind

Ergebnisse, die die Interessen beider Seiten gleichermaßen berücksichtigen, wohl kaum zu erwarten. Die meisten AKP-Staaten sehen ihre Perspektiven realistisch und weigern sich bisher, diese Wirtschaftsabkommen zu unterzeichnen, Erst 15 Staaten haben ratifiziert. Die ehemalige Kultusministerin von Mali, Aminata Traore, verwendete einen drastischen Vergleich: „Für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas.“ Denn, „Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter.“ Da das Exportvolumen der AKP-Staaten in keinem Verhältnis zu den europäischen Einfuhren steht, haben sie deutlich höhere Lasten zu tragen, ohne erkennbar zu profitieren. Diese Form der Öffnung bedroht den Agrarbereich und die einheimische Produktion der abhängigen Länder existentiell.

Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika

Seit zwei Jahren verhandelt nun die EU nach den Vorgaben der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den fünf zentralamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua. Nicht dabei sind Belize, die ehemalige Kolonie Britisch-Honduras, und Panama. Bis dato wurden folgende Verhandlungsergebnisse erzielt: Die EU akzeptierte den freien Zugang für 8930 Produkte aus Zentralamerika zum EU-Markt, während die Zentralamerikaner die Streichung der Importzölle von 80 Prozent der Produkte aus der EU zubilligten. Sie lehnten jedoch eine Zollsenkung bei Milch und anderen von der EU hochsubventionierten Exportgütern ab. Soweit der



Stand nach sechs Verhandlungsrunden. Aber um welche Größenordnungen handelt es sich eigentlich? Das bisherige Handelsvolumen mit Zentralamerika macht gerade mal 0,3 Prozent der europäischen Exporte aus. Bei den Importen sieht es mit 0,35 Prozent ähnlich aus. Und da von den Importen in die EU ein 30 prozentiger Anteil auf Kaffee entfällt, reduziert sich der übrige Warenanteil noch einmal erheblich. Da mag es schon verwundern, warum trotzdem so hart verhandelt wird. An der Attraktivität des zentralamerikanischen Marktes kann es nicht liegen, wenn die EU auf einen möglichst raschen Abschluss orientiert. Es muss andere Gründe geben, die den „US-amerikanischen Hinterhof“ für die EU interessant erscheinen lassen. Der Hauptgrund dürfte CAFTA sein. Vor drei Jahren ist nämlich ein Freihandelsvertrag zwischen den USA und Zentralamerika in Kraft getreten, das *Central America Free Trade Agreement*, auch als DR-Cafta bezeichnet. Und so fordert man die Gleichstellung mit diesem Vertrag: EU-Unternehmen sollen die gleichen Vorteile in Anspruch nehmen können, wie US-amerikanische Konzerne, die sog. CAFTA-Parität. Mit dem CAFTA-Vertrag wird der Wirtschaftsverbund (sprich die Freihandelszone) zwischen Kanada, USA und Mexiko, das NAFTA (North American Free Trade Agreement) bis an die Grenze Südamerikas erweitert. Da gleichzeitig Verhandlungen

mit südamerikanischen Staaten mit der Perspektive laufen, den gesamten Kontinent in eine riesige Freihandelszone zu verwandeln, musste diese Entwicklung die EU auf den Plan rufen. Dass mittlerweile vielfältige Integrationsbestrebungen in Lateinamerika unter Federführung des bolivianischen Venezuela den Interessen des US-Imperialismus in die Quere kommen und seinen weitreichenden Plänen Grenzen setzen, kann der EU einerseits gelegen kommen, andererseits erwächst damit auch den Europäern eine ernstzunehmende Konkurrenz. Jedenfalls kommt die EU nicht umhin, stärkere Präsenz zu zeigen und politisch-strategische Interessen anzumelden wie etwa „*der Zugang europäischer Konzerne zu neuen Märkten und staatlichen Ausschreibungen, um die Absicherung von Investitionen europäischer Konzerne und die Nutzung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ... in Zentralamerika.*“ (S. Lüddecke, AK Mai 09)

Die fünf zentralamerikanischen Länder könnten sich so auf längere Sicht als Zwischenstation von zollbegünstigten Waren der EU-Konzerne für den US-Markt eignen. Die Rechnung geht aber nur dann auf, wenn CAFTA-Parität erreicht wird, eine zentrale Forderung der EU-Verhandlungskommission. Verhandelt wird in 14 Untergruppen, wobei sich allein 12 Untergruppen mit dem Thema Handel beschäftigen und nur je eine Gruppe mit den Themen „*politischer Dialog*“ und „*Zusammenarbeit*“.

„... EU genau so hart wie die USA“

Der honduranische Abgeordnete von der Linkspartei DU, Marvin Ponce, kommentiert die Verhandlungsführung: „*Ich will nicht ungerecht sein: Die EU ist im Umgang flexibler oder ‚normaler‘, respektgeleitet als die USA, aber wenn es bei den Verhandlungen ums Eingemachte geht, also um die kommerziellen Aspekte des Abkommens, zeigt sich die EU genau so hart wie die USA.*“ Zum Eingemachten gehören die Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums, der Handel mit Dienstleistungen und Investitionen.

Die Festschreibung der Regelungen würde sich sehr negativ auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die soziale Situation, den Umweltschutz und die Umsetzung der Menschenrechte auswirken. Hinsichtlich der Landwirtschaft merkt Marvin Ponce, der auch honduranische Kleinbauern vertritt, an: „*Unsere Bauernorganisationen wollen, dass Landwirtschaft gar nicht ins Verhandlungspaket kommt. ... Doch da läuft etwas falsch: Politisch geht es dahin, dass die Bauern und Bäuerinnen sich in eine Art MaquilaarbeiterInnen für saubere Luft verwandeln. Wir sollen unsere Landwirtschaftsflächen verringern, um sog. biologische Korridore zu schaffen.*“ Und als Hauptknackpunkt sieht Pon-



ce, der schon die Verhandlungen zu CAFTA kritisch begleitet hat, dass USA und EU „*beide über eine hochsubventionierte Landwirtschaft*“ verfügen. Es sei, so Ponce, „*nicht einzusehen, dass nun ausgerechnet eine arme Region wie Zentralamerika sich der Konkurrenz hochsubventionierter Agrarkonzerne aus den USA oder aus der EU aussetzen soll.*“ Seine Forderung lautet: „*Getreide, Mais, Reis, Fleisch, Geflügel, Obst und Gemüse, die die Basis der Wirtschaft unserer Region bilden, müssten vielmehr geschützt werden. Denn die Folgen sind unweigerlich das Verschwinden der Landwirtschaft, hohe Arbeitsplatzverluste, Migration vom Land in die Stadt und von dort weiter ins Ausland.*“ Diese Entwicklung wird von den bourgeoisen Regierungen

der Region nicht als Problem gesehen, sind doch die *Remesas*, die Geldüberweisungen der MigrantInnen in den zentralamerikanischen Ländern der bedeutendste Wirtschaftsfaktor, versorgen die Staaten mit Devisen und tragen zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz bei.

Raul Gutierrez schreibt dazu in der *jungen Welt* vom 15.4.09: „*El Salvador gehört zu den Staaten, für die die Überweisungen der Arbeitsmigranten essentielle Bedeutung haben. Nach Angaben der Zentralbank beliefen sich diese Transfers im zurückliegenden Jahr auf umgerechnet 3,79 Milliarden USD, das entspricht 17,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die größten Beträge überweisen Migranten aus den USA, wo 90 Prozent der 2,9 Millionen im Ausland lebenden Salvadorianer untergekommen sind.*“

Wie unsicher gerade in der aktuellen Weltwirtschaftskrise die *Remesas* sind, zeigt der Einbruch der Auslandsüberweisungen im Januar um 9 Prozent (im Vergleich mit dem Vormonat). *Remesas* tragen zur Überbrückung der ärgsten Not bei, lösen aber keine strukturellen Probleme El Salvadors, das kaum über eigene Industrie verfügt. 60 Prozent der *Remesas* werden in Supermärkte wie Walmart getragen und fließen somit wieder zurück nach USA, Asien oder Europa. Auch in El Salvador haben die neoliberalen Konzepte ihre Spuren hinterlassen: Billiglohn-Zulieferbetriebe (sog. *Maquiladoras*) und exportorientierte Agrarmonokulturen prägen mittlerweile die Ökonomie des Landes. Die USA und EU-Assoziierungs (Freihandels) abkommen ändern nichts an dieser Fehlentwicklung. Vielmehr wird der eingeschlagene Weg vertieft.

Antonio Saca, dem Präsidenten El Salvadors, war es gerade noch gelungen, den Zustand der Staatsfinanzen bis zur Wahl im März zu verschleiern. Und da er abgewählt wurde, ist die desolote Finanzlage des kleinen Staates nicht mehr sein Problem. Und auch nicht das seiner Partei, der ARENA, die als Interessenvertreterin der einheimischen Bourgeoisie und der internationalen Konzerne das Land 20 Jahre lang wirtschaftsliberal dahin brachte, wo es heute steht, nämlich ganz unten.

Wenn im Juni zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine

linksorientierte Regierung die Amtsgeschäfte übernimmt, tritt sie ein schweres Erbe an. Der erfolgreiche Kandidat der ehemaligen Guerillaorganisation FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti), Mauricio Funes, steht vor einem Berg von Problemen.

Nach wie vor sind in El Salvador die Spuren des von 1980 bis 92 dauernden Bürgerkrieges präsent. Eine bewaffnete Klassenauseinandersetzung, bei der 75.000 Menschen starben, 6.000 spurlos verschwanden und 40.000 zu Invaliden wurden. Wenn auch 1992 die militärischen Auseinandersetzungen beendet werden konnten, blieb die strukturelle Gewalt, die nicht zuletzt in der Perspektivlosigkeit großer Teile der Jugend zum Ausdruck kommt. Folgen sind brutalisierte Jugendbanden (sog. *Maras*) und eine der höchsten Mordraten der Welt mit 61 Morden je 100.000 Einwohner pro Jahr. Vergleichbar die Lage im Nachbarland Guatemala mit 55 Morden. Ob es der neuen Regierung angesichts des hinterlassenen Finanzdesasters gelingen wird, die versprochenen 200.000 neuen Arbeitsplätze bereitzustellen, die die Jugendlichen von der Straße wegbringen sollen, ist ungewiss, solange ein ungefährender Überblick über die Staatsfinanzen fehlt. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte Lateinamerikas, dass eine linke Partei bzw. Bewegung unter miesesten Bedingungen die Staatsgeschäfte übernimmt. Zwar dürfte für die Umsetzung des Programms der FMLN-Regierung noch etwas übrig sein von zwei Krediten aus dem Jahr 2008 – einmal über 500 Millionen USD von der Weltbank und weitere 450 Millionen von der Interamerikanischen Entwicklungsbank – aber es sind letztlich Kredite, die zurückbezahlt werden müssen, Gelder, die die Abhängigkeit weiter erhöhen.

Völlig offen ist, wie sich die neue Regierung zum bisherigen Ergebnis des EU-Freihandelsabkommens verhalten wird.

„... wo der Hai die Sardinen frisst“

Am 1. April verließ Nicaragua die Handelsgespräche in Tegucigalpa, Honduras. Nicaraguas Konfe-

renzteilnehmer verlangten ein Moratorium, als sie keine Unterstützung für ihren Vorschlag zur Einrichtung eines Gemeinsamen Fonds, der dazu dienen würde, das Problem der Ungleichgewichte zwischen den Regionen anzugehen, erhielten. Verschiedene Nachrichtenquellen beschrieben den Fond auf unterschiedliche Art und Weise. In einem Artikel hieß es, dass Nicaragua einen Fond von 78 Milliarden USD vorgeschlagen habe, in den die EU 90% und die mittelame-



Mauricio Funes

rikanischen Länder 10% einbezahlen sollten. Laut dieser Lesart hätten sich dem die Funktionäre von Costa Rica widersetzt. In einem anderen Artikel jedoch hieß es, dass die Nicaraguaner die Gespräche verlassen hätten, nachdem man ihnen nicht die Zeit zu Verfügung gestellt hätte, um einen Vorschlag für einen Fond von 38-51 Milliarden USD zu erläutern. Nicaraguas Vize-Außenminister Manuel Coronel sagte, dass, wenn die EU und Costa Rica gegen einen Entwicklungsfond seien, um die Ungleichgewichte zwischen den Regionen anzugehen, die

Verhandlungen in Gespräche für ein reines Handelsabkommen verwandelt würden, und es wäre kein Assoziierungsabkommen mit politischen Elementen und Beistandskomponenten, wie am Anfang des Prozesses versprochen worden sei. Coronel bemerkte weiter, dass die mittelamerikanischen Länder, bevor sie dem Abkommen mit den Vereinigten Staaten beigetreten seien, einen Handelsüberschuss mit den USA von 1 Milliarde USD gehabt hätten. Jetzt, nach drei Jahren CAFTA, hätten sie ein Handelsdefizit mit den USA von 1,5 Milliarden USD. Präsident Daniel Ortega sagte: „Die EU will ein Freihandelsabkommen aufkotroyieren, wo der Hai die Sardinen frisst.“ Er fügte hinzu, dass er seine Delegation angewiesen habe, die Gespräche zu verlassen, weil er „gerechten Handel“ wolle, nicht „freien Markthandel, der die Großen begünstigt.“ Ortega wurde unterstützt vom Obersten Rat Privater Unternehmer (COSEP).

... aber es tut sich was in El Salvador

Vor der Wahl musste Mauricio Funes immer wieder seine (angeblichen) Differenzen mit der Politik von Chavez in den Vordergrund stellen, da ihn die ARENA-Leute als Handlanger des Venezolaners denunzierten. Manche Linke auch hierzulande äußerten sich deshalb eher abfällig über den „Sozialdemokraten“ Funes, der sich in der Öffentlichkeit als Sympathisant des Brasilianers Lula bezeichnet hatte. Mit welcher Infamie es die FMLN im Wahlkampf zu tun hatte, zeigt folgende Formulierung in einer Umfrage, die von der Hans-Seidl-Stiftung der CSU finanziert wurde: „Wen würden Sie wählen, wenn Ihnen bewiesen würde, daß der Kandidat der FMLN, Mauricio Funes, das Land kommunistisch umwälzen, das Privateigentum abschaffen, die Kinder sozialistisch indoktrinieren, die Beziehungen zu den USA abbrechen und eine autoritäre Regierung errichten will?“

Genügend SalvadorianerInnen waren dann doch nicht so bescheuert, wie von der CSU-Stiftung unterstellt, beantworteten die Frage durch eine Stimmabgabe für die FMLN und Funes traf sich noch vor seinem Amtsantritt mit Hugo Chavez

in Caracas, wobei dieses Treffen von Beobachtern als herzlich geschildert wurde.

Das Gespräch zwischen Chavez und Funes, der mit einer Delegation von Wirtschaftsexperten angereist war, diente der Abklärung möglicher Kooperationen. Zur weiteren Konkretisierung wurde eine Kommission eingerichtet, welche die Details ausarbeiten soll. Das Interesse von Funes gilt dabei der Möglichkeit, Öl-Importe auf staatlicher Ebene abzuwickeln. So soll das bereits mit FMLN-Kommunen bestehende Erdölprogramm *PetroCa-*

ribe entsprechend erweitert werden. In dieses Programm sind bereits die zentralamerikanischen Staaten Guatemala, Nicaragua, Panama und Honduras integriert. Im Blickfeld möglicher Verträge stehen auch landwirtschaftliche Projekte und medizinischer Austausch. Zur Frage, ob sich El Salvador ALBA, der 2004 von Venezuela und Kuba ins Leben gerufenen Wirtschaftsgemeinschaft „*Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas*“, anschließen wird, ist derzeit nicht zu beantworten. Sicherlich würde jeder Schritt hin zur stärkeren Einbindung in den latein-

amerikanischen Integrationsprozess die Perspektiven für die ökonomisch schwachen zentralamerikanischen Länder erweitern und die Abhängigkeit von den Freihandelsabkommen mit USA und EU verringern. Es gibt durchaus Licht am Horizont, vor allem, wenn sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in diesen Staaten weiter nach links verschiebt. Dass hier auch Rückschläge zu verzeichnen sind, zeigt das Ergebnis der Präsidentenwahl in Panama, wo die Linke nicht angetreten ist.

Stand: Mai 09
hd.

Südkonferenz 2009 in München

Am 23. und 24. Mai dieses Jahres fand das inzwischen schon zur Tradition gewordene *Frühjahrsseminar* der Gruppe International (Dorfen) und der Gruppe Arbeiterstimme statt. Wie bereits im letzten Jahr, trafen sich die insgesamt 15 Teilnehmer der Veranstaltung wieder in München. Neben Mitgliedern der Gruppen und Nahestehenden war auch ein Genosse aus Berlin erschienen. Leider konnte unser befreundeter Genosse aus Österreich diesmal nicht teilnehmen. Er war, ebenso wie drei andere Genossen, die eigentlich gerne teilnehmen wollten, verhindert und entschuldigt. Die vorgetragenen Referate sind in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift abgedruckt. Sie befaßten sich mit der *Weiterentwicklung der Wirtschaftskrise*, speziell ihren Auswirkungen auf Deutschland und die USA, dem Versuch, eine Antwort auf die Frage zu finden: *Was passiert (als Reaktion darauf) in den Betrieben?*; ist es *die Ruhe vor dem Sturm*, sowie mit den *Auswirkungen des Handels der EU am Beispiel der zentralamerikanischen Staaten*. Am Sonntag wurde dann noch versucht, wichtige *Aspekte der Bundestagswahl* im Herbst zu klären. (Der Erscheinungstermin unserer Herbstausgabe überschneidet sich mit der Wahl!)

Die Tagung fand wieder in einer sehr harmonischen Atmosphäre statt. Die Diskussionen wurden solidarisch geführt, es gab aber auch kaum Differenzen bei der Behandlung der jeweiligen Themenbereiche.

Kurze Auszüge aus der Diskussion: Zur *Wirtschaftskrise* gab

es eine Diskrepanz in der Frage, ob der Steuerzahler die Schulden der Banken übernimmt (bad banks) oder nicht. Man kam zum Schluß, dass dies auf jeden Fall so sein wird, wenn die Schulden nicht zurückgezahlt werden können. Es wurde auf das Szenario im jüngsten Buch von Robert Kurz verwiesen (*Finalkrise des Systems*), auch auf sein Herausheben von Marx' Ökonomie, und auf Eric Hobsbawm, der ebenso eine Finalkrise sieht. Dieser Auffassung schlossen sich die Teilnehmer eher nicht an. Die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Frage, warum der Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg keine höhere Stufe erreichte, blieb unbeantwortet stehen. Es wurde (bezüglich der heutigen Situation) darauf hingewiesen, dass auch die vorhandenen Gegen Tendenzen beachtet werden müßten, aber auch die Tatsache, dass die Verbiligung der Produktion in der jetzigen Situation nicht mehr, wie bisher, zu Massenkaukraft und Vollbeschäftigung führe. Anstehende Konflikte in der Auseinandersetzung um knapp werdende Rohstoffe wurden insofern relativiert, als festgestellt wurde, der Kapitalismus werde nicht an Rohstoffmangel zugrunde gehen, sondern an seinen inneren Widersprüchen. Die mehrfach aufgeworfene Kernfrage, „*Wer zahlt für die Folgen der Krise?*“, leitete direkt zum nächsten Referat über: *Was passiert in den Betrieben?* Die sich direkt anschließenden Fragen waren: *Ruhe vor dem Sturm – Wohin geht der Sturm?* Was sind die Kampfmittel der Beschäftigten? Wie soll eine

Taktik ausschauen, die erfolgreich ist? Die Antwort auf die letzte Frage war: Es gibt keine; es ist nur eine andere Herangehensweise möglich, d.h. das System in Frage zu stellen. (Dies wird aber von den Gewerkschaften unterbunden.) Das Problem, die (Abwehr-)Kämpfe zu vereinheitlichen, wurde angesprochen, ebenso die Tatsache, dass in den letzten Jahren sehr viel Energie verschlissen worden ist bei eigenen Formierungsversuchen der Linken. Es wurde gefordert, eine kontinuierliche Praxis zu erreichen außerhalb der Demonstrationen. Das System zwinge uns größere Kategorien auf als nur „*kleine Schritte*“. Reicht es, ein richtiges Programm zu erarbeiten, um erfolgreich zu sein? Die Antwort war: Man muß weiter gehen und die Eigentumsfrage stellen! Die Vergangenheit habe gezeigt, dass ein schneller Umschlag von Quantität in Qualität durchaus möglich sei (Beispiel: Rheinhausen). „*Wenn es keine Forderung gibt, die eine Perspektive hat, dann ist klar, wohin das nach dem Scheitern des 3., 4. Konjunkturprogramms gehen wird.*“ Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, Tagesforderungen müßten mit einer Perspektive verbunden werden! Dazu wurde festgestellt: Es muß zweigleisig weitergehen! 1. Wir müssen die sozialistische Perspektive weiter aufzeigen. 2. Bei der breiten Masse ist das Bedürfnis dafür nicht vorhanden! Wir sind nicht in der Offensive, sondern in der Defensive! ... „*Was marxistische Kader in einer zugespitzten Situation einbringen können, das ist das Entscheidende!*“

Zur Bundestagswahl

Fast gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 27. September erscheint die Herbst-Nummer der *Arbeiterstimme*. Wir können also die politischen Geschehnisse bis dahin nicht mehr behandeln. Da bleibt uns nur eine

kurze Betrachtung aus heutiger Sicht, vier Monate vorher. Dabei kann sich durch die Zuspitzung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise noch manches ändern.

Als Marxisten wissen wir, dass sich durch Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaft nichts grundlegendes ändern wird, weder an den Macht- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen der herrschenden Kapitalistenklasse und den ausgebeuteten Lohnabhängigen, noch kommen solche Wahlen wirklich demokratisch zustande, angesichts der Medienmacht und des Geldeinsatzes der systemtragenden Klasse und ihrer Parteien.

Doch obwohl sich die Parteien politisch immer mehr einander angleichen, gibt es noch gewisse Unterschiede, den Traditionen und der jeweiligen Klientel angepasst, wo über die leeren Versprechen hinaus deren Interessen vertreten werden. Obwohl gerade unter Krisenbedingungen die ungünstigen Verhältnisse den Spielraum der Parteien einengen und alle potentiellen Regierungsparteien die Krisenlasten auf die Massen abwälzen werden, wird das Wahlergebnis den Rahmen für zukünftige gesellschaftliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen neu abstecken. In den zwar schwindenden, aber trotzdem noch vorhandenen Unterschieden der Parteien liegt die aktuelle Bedeutung von Wahlen, die wir trotz der generellen Rechtstendenz beachten und nützen sollten.

Verschleiern, verschieben

Im Mai ergaben die Umfragen zur Wahl, trotz Wirtschaftskrise, ein sich wenig änderndes Bild: CDU/CSU 37%, SPD 27%, FDP 13%, Grüne 9%, Die Linke 10%. Die restlichen 4% entfallen auf kleinere Parteien und auf Rechtsradikale. Sollte die Krise sich

dramatisch verschärfen und vor allem die Arbeitslosigkeit zunehmen, wird das größeren Einfluss auf das Wahlergebnis haben. Es ist frappierend, dass ein beträchtlicher Teil der Menschen den Ernst der Lage noch nicht erkannt hat, was eben erst der eigenen Erfahrung bedarf. Das ist auch der Grund, wenn immer noch vom



„Kaufrausch“ bestimmter Kreise berichtet wird. Viele rechnen auch mit einer baldigen Besserung der Lage. Die etablierten Parteien versuchen trotz des anwachsenden finanziellen Desasters, die Tatsachen zu verschleiern und davon abzulenken, dass das dicke Ende erst noch kommt, wenn die Konjunkturprogramme, Staatsgarantien, Bankstützungen und Haushaltsdefizite zur Zahlung fällig werden. Die lohnabhängigen Massen und kleinen Leute werden, den Machtverhältnissen nach, die größten Opfer für das Fiasko des kapitalistischen Systems aufgebürdet bekommen.

Vorläufig hat die Große Koalition es verstanden, die Menschen relativ ruhig zu halten und ihnen mit einer Anzahl Maßnahmen Sand in die Augen zu streuen: sage und schreibe fünf Milliarden Euro wurden für die Auto-„Abwrackprämie“ zur Verfügung gestellt, was großen Anklang

fand. Eine, wenn auch geringe, Rentenerhöhung wurde beschlossen (die der Staat Jahre danach wieder verrechnet), ebenso eine Rentengarantie (für die sich wohl niemand verbürgen wird). Das Kindergeld wurde erhöht, die alte Entfernungspauschale gilt wieder, eine 10-Milliarden-Steuersenkung wurde angekündigt. Während den Kommunen bereits das Steueraufkommen wegbricht, beschließt die Bundesregierung Konjunkturpakete, z.B. zwei Milliarden für Bayern. Das Kurzarbeitergeld (auf das eine Million Menschen angewiesen ist) wurde auf 24 Monate verlängert. Dies beschert der Bundesagentur ein riesiges Loch, das die Beitragszahler später wieder füllen müssen. Die Münchner Regierung hat nun für Bayerns Beamte die 40-stündige Arbeitszeit um zwei Stunden ver-

kürzt, um den Gleichstand mit den Angestellten wieder herzustellen. Ein weiterer populistischer Akt bestand darin, das Nichttrauchergesetz in Bayern wieder zu lockern. Man merkt, die CSU hatte Angst, bei der Europawahl die 5%-Hürde nicht zu überspringen; dabei fallen dann die gesundheitspolitischen Argumente unter den Tisch.

Insgesamt ist es der Berliner CDU/CSU-SPD-Regierung schon gelungen, mit kleinen „Wohltaten“ davon abzulenken, dass nach der Bundestagswahl der bittere große Zahltag beginnt. Fraglich ist, ob sie das noch monatelang durchhalten kann. Momentan überwiegt noch die Meinung in der Bevölkerung, die Regierung könne die Krise in den Griff bekommen. So sind 63 Prozent für die von der Union propagierte Steuersenkung, 33% sind dagegen. Dabei liegen gewaltige Zahlen auf dem Tisch,

wenn sie auch bei weitem nicht das ganze Ausmaß der Finanzkrise widerspiegeln. Nach Steinbrück steigt die Nettokreditaufnahme 2009 auf 50 Milliarden Euro und 2010 auf 80 Milliarden. Bis 2013 wird die Gesamtverschuldung des Staates auf zwei Billionen Euro angestiegen sein. Die Steuereinnahmen könnten bis dorthin um 350 Milliarden Euro geschrumpft sein, bei gleichzeitigen Mehrausgaben durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und vermehrte Zuschüsse an die Bundesagentur für Arbeit (20 Milliarden erwartetes Defizit).

Gibt es auch gegen Betriebs-schließungen, Entlassungen und gegen die Art der „Krisenbewältigung“ durch die Politik hin und wieder Widerstand und Demonstrationen, so herrschen doch mehrheitlich immer noch Ignoranz, Fatalismus und ein Bewußtsein der Alternativlosigkeit vor. Leider geht auch die Losung „Das ist nicht unsere Krise“ daneben, denn ausbaden müssen **wir** sie. Auch sollte es nicht heißen: „Dieser Kapitalismus muss weg“, sondern: „**Der Kapitalismus muss weg**“. Es gilt aufzuklären, dass die Ursache für diese große Krise im System liegt und nicht nur in einigen Fehlern des Systems. Nachdem auch der Bankier Josef Ackermann äußerte, dass „wir in vielen Ländern soziale Spannungen bekommen“ könnten, ist Kanzlerin Merkels Protestschrei gegen die bloße Einschätzung, soziale Unruhen würden drohen, verstummt. Nach einer Umfrage haben 72% davor Angst, 54 Prozent hielten soziale Spannungen für möglich, ein Drittel sagte sogar, sie würden sich daran beteiligen. Doch mit der gegenwärtigen Stimmung hat das noch nichts zu tun, dafür ist die Situation noch nicht herangereift. So gibt es auch nicht die massenhafte Empörung und Militanz, die eine soziale Bewegung ausmacht. Wenn nicht Un-erwartetes geschieht, kann zur Bundestagswahl keine Partei – auch nicht Die Linke – mit der Rückenstärkung durch eine soziale Bewegung antreten. Wenige Großdemonstrationen und einige Streiks reichen dazu nicht aus. So wird die Bundestagswahl wohl im Zeichen der Weltwirtschaftskrise stehen, jedoch nicht von deren wirklichem Ausmaß und Wucht bestimmt sein.

Nach der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien, un-

ter der Verantwortlichkeit von SPD und Grünen, führt nun Deutschland seit mehreren Jahren Krieg in Afghanistan. Trotz Verschärfung der Lage, mehr deutschen Toten und keinerlei Aussicht auf ein Ende, stehen alle Bundestagsparteien – außer der Linken – für eine Fortsetzung an der Seite der USA. Für die Bevölkerung wird dieser Krieg am Hindukusch weitgehend als eine Art „Polizeiaktion“ dargestellt, daher reagiert sie mit wenig eigener Betroffenheit. Der Einfluss auf die Wahlen ist deshalb gering, was bei der deutschen Vergangenheit kein gutes Zeichen für die Befindlichkeit der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist. Sollte durch die Ereignisse selbst die Kriegsgegnerschaft anwachsen, so ist es wie mit den drohenden „sozialen Unruhen“: Die Innere Aufrüstung ist längst im Gange, Schäuble sei Dank! Die Zugriffe auf Daten, die Verschärfung der Versammlungsgesetze, die Übergriffe der Polizei bei Demonstrationen, die Aufrüstung der Polizei mit noch moderneren Waffen (*Taser*), der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wie beim Obama-Besuch, die Ausspähung der Beschäftigten in den Großbetrieben ... Die Liste ließe sich fortsetzen! Die Verantwortlichen von Union, SPD und FDP stehen zu diesen teils illegalen Praktiken, während sie die Bürgerrechte anlässlich des 60. Jahrestages der Grundgesetzzerklärung wohlfeil im Munde führen.

Zwei Varianten bürgerlicher Herrschaft

Der Wahlgang im September wird bestimmt werden vom Fortgang der Krise und vom Zustand der Parteien. Schon heute ist sicher, dass keine Partei die absolute Mehrheit erreichen wird. Sicher ist auch, dass es keine „linke“ Koalition geben wird. Abzusehen ist, dass zwei Koalitionsmöglichkeiten das Wahrscheinlichste sind: 1. Die Fortsetzung der Großen Koalition CDU/CSU und SPD. 2. Eine Rechtskoalition zwischen CDU/CSU und FDP. Das könnte eine ausgesprochen reaktionäre Ära bedeuten. Erinnert sei z.B. an die Kirchhoff-Merkel-Pläne. Eine Rechtskoalition würde den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen. Die Pläne zur weiteren Entsolidarisierung

der Krankenversicherung liegen bereits auf dem Tisch.

Gleich, welche Koalition an die Regierung kommt, sie findet, durch die Krisenfolgen bestimmt, äußerst ungünstige Verhältnisse vor, mit wenig Spielraum. Das Eintreiben der Krisenkosten wird an erster Stelle stehen und die Adressaten stehen auch schon fest, ganz im Sinne der besitzbürgerlichen Parteien. Trotz allem gibt es zwischen den Parteien noch politische Unterschiede. Die so genannten *Volksparteien* müssen noch gewisse Rücksichten nehmen, um ihr Wählerpotential nicht zu sehr zu verprellen. Da kommt es auf die Stärke des Widerstands an, gegen die Krisenabwälzung auf die Massen. Bei der SPD muss zumindest teilweise noch Rücksicht auf betriebliche und gewerkschaftliche Belange genommen werden, auch wenn die eisernen Ketten mit den Gewerkschaften starke Brüche aufweisen. Die SPD muss sozialpolitisch auch die Konkurrenz von links fürchten. Nachdem die Grünen eine Ampelkoalition ablehnen, sind sie so oder so auf die Oppositionsbänke verwiesen. Dasselbe gilt für Die Linke, da sie von der SPD als Koalitionspartner auf Bundesebene abgelehnt wird. Ein Sozialdemokrat als eventueller Regierungschef ist damit von vornherein ausgeschlossen, solange dieses Tabu gilt.

Die politischen Unterschiede zwischen den etablierten Parteien sind immer weniger prägnant und ihre Politik wird allzu oft von pragmatischen Erwägungen bestimmt. Bei den *Volksparteien* kommt dies auch daher, dass im Zeitalter der Moderne ihre Milieus wegbrechen; bei der SPD die Arbeiterschaft, bei der Union die Bauern und die kirchlichen Bindungen. FDP und Grüne werben gleichermaßen um das gutsituierte Bildungsbürgertum und geben vor, Bürgerrechte zu vertreten.

Die CDU als stärkste Partei der BRD hatte Lehren aus ihren Verlusten bei der letzten Bundestagswahl gezogen. Der angekündigte scharfe Rechtsruck á la Kirchhoff-März-Merkel hatte sie damals um den Wahlsieg gebracht. So wird der CDU in der Großen Koalition nun eine gewisse Sozialdemokratisierung nachgesagt. Zusammen mit der CSU ist sie immer noch die Partei der klein- und großbürgerlichen Interessen, mit be-

trächtlicher Wählerzahl bei Arbeitern und Angestellten. Die Interessensgegensätze entladen sich zur Zeit in der Steuerkakophonie. Der CDU-Wirtschaftsflügel baut auf ein Bündnis mit der FDP und fordert den Wegfall der Erbschaftsteuer und des Solidaritätsbeitrags. Mittelstand und Unternehmen müssten um 40 Milliarden steuerlich entlastet werden. Da dies nur auf Kosten der Lohn- und Gehaltsabhängigen und der Transferbezieher ginge, wäre das nur in einer schwarz-gelben Koalition durchzusetzen. Von der wären auch weitere Angriffe auf die Gesundheits- und Rentenpolitik zu erwarten. Das schließt natürlich nicht aus, dass auch eine erneuerte Große Koalition, angetrieben vom Krisendesaister versuchen würde, Verschlechterungen, besonders sozialpolitischer Art durchzusetzen. Denn wie man es auch dreht und wendet, jede neue Regierung steht unter dem Diktat der kapitalistischen Systemkrise. Die teureren Konjunkturprogramme und Bankenrettungsmanipulationen werden zwar die nächste Blase nicht vermeiden, drücken nun aber wie ein Alb auf das Land. Um eine Inflation zu verhindern, müssten die Steuern und Abgaben gewaltig erhöht werden. Das würde aber einer Konjunkturerholung den Garaus machen. Es liegt auf der Hand, dieser Widerspruch ist systembedingt. Politisch steht fest: „Die nächste Regierung – egal wie sie zusammengesetzt ist – muss den sozialen Bluthund machen“ (Robert Kurz im Freitag). Eigentlich bräuchte sich keine Partei darum reißen, wenn es nicht auch darum ginge, die neue Umverteilungsphase klassenmäßig durchzudrücken. Schon die Forderungen zur nochmaligen Erhöhung der Mehrwertsteuer zeigen, wohin die antisoziale Reise geht.

Besonders bei der FDP überschattet der Drang zur Regierungsbeziehung alles andere. Es ist grotesk, die Brandstifter des zügellosen Neoliberalismus sind die wahlpolitischen Nutznießer der davon herrührenden Wirtschaftskrise geworden, obwohl ihre Ideologie so offensichtlich bankrott ging. Das Hauptziel der FDP ist die Fortsetzung der neoliberalen Politik mit einigen Bemäntelungen und unter vorübergehender Hinnahme keynesianistischer Einsprengsel. So

sammeln sie nun jene ein, vor allem von der Union, die an den alten Ellenbogenverhältnissen der Deregulierung, der Privatisierung und am ungezähmten Marktradikalismus festhalten wollen, denen alle anderen Bundestagsparteien sozial- und wirtschaftspolitisch zu liberal sind. Mochtegern-Außenminister Wester-



SPD und Grüne können Stolz auf sich sein:
Kneipe im Münchner Westend!

welle sitzt mit dieser Ausrichtung in seiner Partei fest im Sattel. Das Koalitionsvorhaben mit der Union ist so gut wie abgemacht.

Die Grünen im Abseits

Die Grünen haben inzwischen ein festes Wählerpotential. Es ist dort üblich, sich in der Opposition weiter links zu geben, statt wie zu unseligen Schröder-Zeiten die Kriegsfurie auf Jugoslawien loszulassen. Was ihre ökologischen Anliegen betrifft, so wurde manches davon, teils nur verbal, auch von anderen Parteien übernommen. Bei besserverdienenden Schichten steht sie in Konkurrenz zur „feindlichen“ FDP. Gegen den Afghanistankrieg macht sich nun eine breitere Stimmung bemerkbar. Die Grünen wären bereit,

im Herbst mit der SPD zu koalieren, was aber stimmenmäßig nicht ausreichen wird. Eine Ampelkoalition, bei der sie nur Anhängsel wären, lehnen sie ab. Bemerkenswert, dass die Grünen eine Verteufelung der Partei Die Linke nicht mitmachen. Bei den letzten Wahlen profitierten die GRÜNEN vom Niedergang der SPD. Dieses Potential dürfte nun ausgeschöpft sein.

Scheinbewegung der SPD nach links

Bei der SPD wird der Slogan von der „Neuen Mitte“ nicht mehr benutzt. Er hatte sich als Phrase entpuppt. Müntefering und Steinbrück wollen nun das Kunststück fertig bringen, an der Agenda 2010 festzuhalten, an Hartz IV und an der Rente mit 67 und gleichzeitig, sich sozialer zu geben, damit ihnen nicht noch mehr Stammwähler davonlaufen. Mit Mindestlohn, mehr Gerechtigkeit (!) und Mitbestimmung wird ihnen das nur sehr begrenzt gelingen. Auch die SPD-Linke mit Andrea Nahles an der Spitze hält an der Schröder-Politik fest und mit ihrem neuen Projekt „Gute Gesellschaft“ kann sie keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken angesichts der tatsächlichen SPD-Politik. Die Jahrzehnte des Rechtschwenks, in der die SPD „ihre Seele verkaufte“, (Schröder: „Man kann nicht gegen das Kapital regieren“), sind nicht vergessen. Die Stammwähler blieben deswegen scharenweise zu Hause, die Mitgliedschaft halbierte sich, die Landtagswahlen wie in NRW gingen verloren, in Bayern blieben 18% und in Sachsen gar nur noch 9 Prozent. Heute könnte man sagen, die SPD besteht eigentlich aus mehreren Parteien, von Steinmeier über Schreiner bis zum üblen Kahrs vom rechten Seeheimer Kreis. Doch die Netzwerker und Rechten in der New-SPD haben längst die meisten Posten besetzt und bestimmen mit Müntefering und Steinbrück die Parteipolitik. Mit auf ihr Betreiben ist auch das Projekt Ypsilanti in Hessen gescheitert. Sie halten am Afghanistan-Krieg fest; wie lange noch, bis zum Rückzug? In 10 Jahren? Mindestlöhne, Bürgerversicherung usw., mit welchem Koalitionspartner kann da

was zustande kommen, doch nicht mit der von ihnen begehrten FDP? Mit dem Verdikt, im Bund kein Bündnis mit der Linken, gerät die SPD ins Aus oder unterwirft sich der CDU/CSU. In den Gewerkschaften und Betrieben ist die SPD zwar noch verankert, doch das ehemals eiserne Band ist durch ihre Politik zerbrochen. Linke und Grüne haben in den Gewerkschaften ein Stück aufgeholt. Mit Wahlkampf-Geldzuweisungen der Gewerkschaften an die SPD dürfte es nun schwieriger geworden sein. Für die Forderung der SPD: „Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft“, gibt es im krisengeschüttelten Kapitalismus keine reale Grundlage mehr.

Auch eine angeschlagene NPD bleibt eine Gefahr

Bei der Bundestagswahl treten auch rechtsradikale Gruppen und Parteien an. Doch trotz des Umschlags der Wirtschaftskrise in eine soziale Krise ist nicht damit zu rechnen, dass die NPD als größtes faschistisches Gebilde die 5 Prozent Klausel überspringt und in den Bundestag einziehen kann. Sie hat zwar Schwerpunktgebiete, besonders im Osten, wo sie bereits das gesellschaftliche Leben beeinflusst und ihre Gegner terrorisiert. Trotz ihrer anhaltenden Gewaltexzesse ist dies jedoch noch nicht zur allgemeinen Erscheinung geworden. Auch ihr Konzept, sich als soziale Biedermänner zu gebärden, findet mancherorts Anklang. Alarmierend ist die Lage schon angesichts von 5.000-6.000 nationalen „autonomen“ Gewalttätern und den ständigen Aggressionen, von Gräfenberg bis zur Sächsischen Schweiz. Selbst gewerkschaftliche Demonstrationen werden mittlerweile angegriffen, Gegner im Internet gebrandmarkt. Meist richtet sich das Verhalten von Polizei und Justiz gegen die antifaschistischen Demonstranten statt gegen die Nazis. Politisch ernst könnte es werden, wenn die Arbeitslosigkeit und die Armut so groß werden, dass sich auch Deutsche verstärkt um unqualifizierte Arbeitsplätze bemühen müssen. Manche von ihnen werden dann in ausländischen Arbeitskräften noch mehr Konkur-

renten sehen, die ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Momentan ist die NPD organisatorisch und finanziell angeschlagen. Trotzdem: Die faschistische Gefahr ist in Deutschland immer latent!

Unterstützt Die Linke!

Ein Zurück zur sozialen Marktwirtschaft gibt es auch für die Linkspartei nicht, selbst wenn ein Teil von ihr das will. Auch für sie gilt: mit keynesianischen Mitteln kann man die Krise nicht lösen. Organisatorisch hat sich die Partei Die Linke durch den Zusammenschluss von PDS und WASG gefestigt, sie ist nun auch im Westen etabliert. Die aktiven Mitglieder der Linksjugend haben sich z.B. innerhalb eines Jahres von 2400 auf 3400 erhöht. Mit der Zunahme der Mandate und der damit zu vergebenden Posten haben sich freilich auch die parteiinternen Diadochen-



kämpfe dem in den anderen Parteien üblichen Gerangel angenähert. Politisch ist Die Linke eine Union verschiedener linker Richtungen.

Reformer, Reformisten, Linkssozialdemokraten, Sozialisten und Marxisten streiten für ihre Positionen. Noch ist die Zahl der Eintritte größer, als die der Austritte und Überläufer. Die Europaabgeordnete Sylvia Kaufmann ist nun zur SPD übergetreten. Die verschiedenen Strömungen stehen manchmal in harten Auseinandersetzungen. Wesentlich ist, dass der kommunistischen Minderheit und den anti-kapitalistischen Kräften die Möglichkeiten für politische Arbeit in der Partei und nach außen bleiben. Das Sagen und das Geld aber hat der Apparat, der Posten zu vergeben hat und immer auf Regierungsbeteiligungen schießt. Die Koalition im Land

Berlin wird weiter mitgetragen, trotz der umstrittenen Politik und der dafür bei den letzten Wahlen erlittenen Verluste. Insgesamt scheint sich diese Anpassungspolitik fortzusetzen. Sie wird auch in der Anhängerschaft mitgetragen. Das Fehlen des Drucks einer sozialen und politischen Bewegung kommt hier deutlich zum Ausdruck.

Die Weltwirtschaftskrise hat der Linken bisher kaum besonderen Zuwachs an Wählerstimmen gebracht. Ganz gleich, ob sie im September 9 oder 11% erringen wird: dies ist eine Größenordnung, die immer noch wenig in Berlin bewegen kann. Die Partei hat keine Koalitionspartner für Mehrheiten. Ihre Wähler können nicht mit der Durchsetzbarkeit der Politik der Linken rechnen. Wichtig ist es, Druck auf SPD und Grüne auszuüben, sie beim Wort zu nehmen und politisch bloßzustellen. Man kann nur schätzen, aber etwa ein Drittel an Stimmen hätte die Partei mehr, bestünde nicht in Deutschland, dem „Land der Freiheit“, ein unausgesprochener Boykott der Massenmedien gegenüber der Linken. Ob Fernsehen oder Massenpresse, meist wird nur das Negative über die Partei gebracht und ihr Programm und ihr Ziele werden verschwiegen. Ihre vielen Vorschläge und Kritiken werden unterschlagen. Im Fernsehen gibt es nur den Oppositionsführer Westerwelle. Im bürgerlichen Staat ist die Meinung der Herrschenden die herrschende Meinung, wie es Karl Marx ausdrückte. Geld ist Macht und Demokratie ist in diesem Staat nicht für alle da.

Die Linke ist keine marxistische Partei. Sie steht am linken Flügel des bürgerlichen Staates. Wir hoffen, dass sie von aufkommenden sozialen Bewegungen politisch und praktisch befruchtet wird. Wir gehen davon aus, dass sie weiterhin demokratische und soziale Rechte verteidigt und imperialistische Kriege bekämpft. Das Parlament kann dafür als Tribüne der Propaganda genutzt werden. Wir werden die Partei Die Linke verteidigen, aber auch kritisieren, wo es notwendig ist.

Zur Bundestagswahl 2009 treten wir ein für eine kritische Unterstützung der Partei Die Linke.

Tschechische Kommunisten: Wie geht es weiter?

Die Gegenwart

Von aussen gesehen ist die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren – Komunistická strana Čech a Moravy, so ihr tschechischer Name – eine starke politische Kraft. In der Abgeordnetenkammer (die 200 Mitglieder zählt) ist sie mit 26 Abgeordneten vertreten, im Senat (der 81 Mitglieder hat) hat sie jetzt 2 Senatoren sowie 1 Senatorin. In den letzten Parlamentswahlen 2006 errang sie 12,81 Prozent der Stimmen, in den Kommunalwahlen 2006 10,79%, in den Regionalwahlen im letzten Herbst stimmten für sie 15,03% der Wähler. In der Wahl fürs Europa-Parlament 2004 gewann die Partei 6 der 24 tschechischen Abgeordneten und nahm so den zweiten Platz nach der in Tschechien regierenden ODS (damals noch nach dem jetzigen Präsidenten benannten „Klaus-Partei“).

Andere Zahlen sprechen jedoch eine weniger günstige Sprache: der Anteil der kommunistischen Wähler bleibt bestenfalls ungefähr derselbe, d.h. er stagniert. Wenn man ihn nicht an den Regionalwahlen misst, die oft eine niedrige Wahlbeteiligung aufweisen, – und da ist der Anteil der KSCM von 21,16 im Jahre 2000 auf 15,03 Prozent in 2008 zurückgegangen – so sank dieser Anteil auch in den Kommunalwahlen: von 14,49% in 2002 ging er in 2006 auf 10,79%. Dies ist ein viel wichtigeres Omen, denn auf lokaler Ebene hat u. a. auch die dauerhafte antikomunistische Propaganda einen sehr viel schwächeren Einfluss als auf höheren Ebenen. (Lokal „kennt man sich“ – politische Meinungsunterschiede kommen in Anbetracht örtlicher Bedürfnisse weniger zum Vorschein.) Um das Bild abzurunden, hier noch der Anteil der Stimmen, die die KSCM in den Parlamentswahlen gewann (in Prozent): 1998: 11,03; 2002: 18,51; 2006: 12,81. (Natürlich müsste man in diesem Zusammenhang auch nähere Umstände der jeweiligen Wahl in Betracht ziehen, doch im Grunde würde das den Trend nicht ändern.)

Mit 77.000 Mitgliedern (dies die letzte offizielle Ziffer von 2007) ist



zwar die KSCM die stärkste tschechische politische Partei (zum Vergleich: die Sozialdemokraten hatten 2008 rund 18.500, die erwähnte ODS 2007 um die 29.500, die Grünen 2008 2.800. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass noch 1992 die KP 350.000 Mitglieder hatte.) Allerdings, während jährlich 0,6 – 0,68% neue Mitglieder eintreten, beläuft sich die Zahl derer, die Partei auf irgendeine Weise verlassen, auf 6 – 7%. Am Vortag des letzten Kongresses im Mai 2008 stellte man fest, dass die Partei täglich 16 Mitglieder verliert. Das Durchschnittsalter der Mitglieder bewegt sich um 70 Jahre (in Prag sogar um 75). Dabei lag dieser Durchschnitt in 2004, vor dem vorletzten Kongress, bei 68,1 Jahren.

Auch die Angaben über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft sind nicht allzu optimistisch: 67% sind Rentner, 15% Arbeiter. Mehr als die Hälfte hat nur eine Grundschulausbildung, ein Drittel hat eine Mittelschule absolviert, nur ungefähr 10 Prozent haben Hochschulbildung (obwohl die Zahl derer mit höherer Bildung in den letzten Jahren im Wachsen begriffen ist). Das Verhältnis der Männer zu Frauen ist 55,5 zu 44,5. (Diese Zahlen sind dem Bericht entnommen, der dem Kongress von 2008 vorlag.)

Die Vergangenheit

Schon aus dem Gesagten ergibt sich einer der wichtigsten Faktoren, die die KP prägen und die in einem anderen Zusammenhang der (dem Alter nach jüngste) stellvertretende Vorsitzende Dolejš erwähnte: „Wir

schleppen die Mitgliederbasis aus der vergangenen Zeit hinter uns.“ Tatsächlich ist die KSCM alt in jeder Hinsicht. Obwohl formal jung, trägt sie immer noch eine sehr schwierige Vergangenheit, die es ihr verunmöglicht, sich so zu modernisieren bzw. zu verändern, wie es die Zeit, das Land und auch die Arbeitenden eigentlich verlangen müssten.

Formal ist die Partei jung. Im Dezember 1989 entschied nämlich die – damals noch tschechoslowakische – KP kurz nach dem „samtenen Umbruch“ genannte territoriale Organisation der tschechischen, d.h. auf dem Gebiet von Böhmen und Mähren lebenden, Kommunisten zu schaffen. Bis zu der Zeit gab es nämlich in der Tschechoslowakei als formal autonom nur die slowakische KP. Die neue, „tschechische“ Partei hielt dann ihren Gründungskongress am 31. März 1990 ab. Man diskutierte zunächst eine föderale, d.h. gemeinsame Struktur der tschechischen und slowakischen Partei, doch da es am 1. Januar 1993 zu einer Teilung des Staates kam – die Slowakei entstand als ein völlig unabhängiges Subjekt – und der 1. Kongress der tschechischen Partei schon 1992 ein neues Programm angenommen hatte (das „die kommunistische Orientierung der Partei unter neuen Bedingungen“ zum Ausdruck brachte), bestätigte der 3. Kongress im Juni 1993 den Namen der Partei als „Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren“ sowie das Programm. In diesem – und, kann man sagen, nur in diesem Sinn – ist die heutige KSCM neu.

Der Ballast, den die neu entstandene Kommunistische Partei bis heute mitschleppt, ist also doppelter Natur. Das Beharrungsvermögen ergibt sich einerseits aus der Tatsache, dass der Grossteil der heutigen Mitgliedschaft aus alten (im doppelten Sinne des Wortes) Mitgliedern – einschliesslich „alten“ Funktionären der ehemaligen KP – besteht, die auch der Denkart der KP vor 1989 verpflichtet sind und den „neuen“ Verhältnissen gegenüber nicht eine kritische, sondern ablehnende Stellung einnehmen. Andererseits verpasste die Lei-

tung der quasi neuen Partei auch deshalb den richtigen Augenblick, sich nicht nur von der damaligen KPTsch loszusagen (was sie in Worten mehrmals tat), sondern die Vergangenheit dieser Partei und damit auch des ganzen Regimes – das immerhin 40 Jahre den Staat verkörpert hat – kritisch aufzuarbeiten. In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wäre es ihr auch möglich gewesen, verschiedene linke Gruppen an sich zu ziehen und zu einer wirklich modernen Linkspartei zu werden. Die Sozialdemokratie war erst im Entstehen begriffen (nachdem sie unter dem kommunistischen Regime aufgehört hatte, zu existieren) und auf der politischen Szene formierten sich verschiedene linke Gruppen. Einzeln waren sie weder stark noch bedeutend, für eine kurze Zeit schien es jedoch, sie hätten ideologisch etwas zu sagen. Hätten die Kommunisten diesen Augenblick wahrgenommen, um sich zu modernisieren, hätten sie zu einem ebenbürtigen Partner der Sozialdemokraten werden können. Da sie es jedoch nicht taten, machen sie es bis heute u. a. auch dem hasserfüllten Antikommunismus der Rechten leicht, immer wieder die Verbrechen jenes Regimes ins Gedächtnis der jungen Generation zu rufen und die KSCM zu verteufeln. Ausserdem können jetzt die sog. Pragmatiker in der Parteileitung die Parteibasis nicht vor den Kopf stossen, wenn sie ihre Stimmen in den Wahlen brauchen.

(Diese Zwiespältigkeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass es manche lokale Parteiorganisationen gibt – besonders in einigen Stadtteilen von Prag – die immer noch ganz im Geist der „alten“ KPTsch verfahren, ab und zu gegen die Parteileitung handeln und eigentlich vollends stalinistisch sind.)

Programmatisch nennt die KSCM als ihr Ziel „Sozialismus, eine demokratische Gesellschaft freier, gleichberechtigter Bürger, eine politisch sowie wirtschaftlich pluralistische Gesellschaft, die maximal auf bürgerlicher Selbstverwaltung basiert, prosperiert und sozial gerecht ist, für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Umwelt Sorge trägt, den Menschen einen würdevollen Lebensstandard sichert und Sicherheit und Frieden durchsetzt.“ Ausserdem geht das Programm von der marxistischen Theorie aus, die einem Dialog mit internationalen sozialistischen und linken Bewegungen offen steht ebenso wie neuen Ideen und Erkenntnissen. Die Partei bemühe sich, behauptet sie weiter in ihrem Programm, eine Massenpartei zu sein, die auf der Grundlage kollektiven Handelns und Entscheidung, Selbstverwaltungsprinzipien und breiter innerparteilicher Demokratie arbeitet.

Wenn auch die diesjährige Lage der Wirtschaftskrise wegen, die natürlich auch die Tschechische Republik mehr und mehr hart trifft, sowie in Anbetracht der politischen Verhältnisse im Lande nicht „normal“

ist, werden die Europa-Wahl im Juni und mehr noch die vorgezogenen, für Anfang Oktober angekündigten Parlamentswahlen sehr viel über die zukünftige Ausrichtung der KSCM aussagen. Obwohl sie auf lokaler Ebene mit jeder anderen Partei zusammenzuarbeiten im Stande ist, kann sie sich an der Regierung nicht effektiv beteiligen, denn ihr einzig möglicher Verbündeter, die Sozialdemokratische Partei, beharrt auf ihrem Kongressbeschluss, der es ihr verbietet, auf Regierungsebene mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. In dieser Hinsicht ist es also für die KSCM nicht möglich, sich ihren Zielen praktisch zu nähern. Als starke Oppositionskraft kann sie die Regierung – sowohl eine mit sozialdemokratischer als auch eine mit rechtsgerichteter Mehrheit – kritisieren, doch diese Kritik geht in der praktischen Politik ins Leere.

In einem gewissen Sinne bleibt deshalb die KSCM in einem Ghetto, aus dem es wohl kaum einen Ausweg gibt. Sie ragt zwar aus dem Meer – oder vielleicht Teich – der tschechischen Politik heraus, doch nur noch als ein nicht wegzudenkendes Überbleibsel der Zeiten, die von den BürgerInnen der Tschechischen Republik – mit Ausnahme der alten Parteimitglieder – nicht mehr herbeigewünscht werden, auf die jedoch die Partei mit verstohlenem Blick nostalgisch zurückschaut.

Štěpán Steiger

Anzeige

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Anti-Repressionsarbeit kostet auch Geld. Die **ROTE HILFE** leistet im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanzielle Hilfe für diejenigen, die wegen ihrer politischen Tätigkeit von staatlicher Repression betroffen sind. Die Mittel dafür bringen wir aus unseren Mitgliedsbeiträgen und Spenden auf. Unsere finanzielle Hilfe kann nur dementsprechend hoch sein.

Werdet Mitglied in der ROTEN HILFE e.V.!
Spendet für die Anti-Repressionsarbeit!

ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08
(Di. & Do. 15⁰⁰ – 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09

bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de



Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

Die Rote Hilfe. Die parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.

WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE

Leserbriefe

Aus dem Brief eines Lesers zur Rezension „**Salvador Allende. Eine Chronik**“, *Arbeiterstimme* 162, Winter 2008:

„Doch ich schreibe eigentlich wegen der Rezension zu „**Salvador Allende. Eine Chronik**“, mit der ich nicht so recht übereinstimmen kann. Wenn auch der Bezug auf Balmaceda, von dem ich noch nie etwas gehört hatte, berechtigt sein sollte, so geht es doch eigentlich um die Frage, inwieweit man innerhalb einer bürgerlichen Demokratie ein sozial gerechtes System errichten kann, ohne dass die reaktionären Kräfte das verhindern. Diese Frage wurde eigentlich nicht beantwortet. Aber gerade darauf kommt es doch an.“

R. L.

Die Antwort des Autors:

Der Genosse hat Recht, doch übersieht er gleichzeitig etwas wichtiges. Die Niederlage der sozialistischen Bewegung in Chile setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Da ist einmal die Niederlage des Versuches „ein sozial gerechtes System“ zu errichten „ohne dass die reaktionären Kräfte das verhindern“. Die Diskussion die-

ser Frage ist wichtig. Ebenso die Erörterung ob das überhaupt innerhalb einer bürgerlichen Demokratie machbar ist. Doch dafür reicht aber der begrenzte Platz einer Buchkritik nicht aus. Dazu kommt, dass ich mich nicht in der Lage sehe darzulegen, wie die Unidad Popular damals zu einer dauerhaft sozial gerechteren Gesellschaft hätte kommen können. Wäre die Frage eindeutig zu beantworten, ich bin mir sicher die verschiedenen linken Strömungen hätten sich auf diesen Weg geeinigt. Nach dem was wir heute aus Venezuela erfahren stehen alle linken Tendenzen, selbstverständlich mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, hinter dem von Cháves geführten Veränderungsprozess. Derartige strategische Differenzen wie sie 1973 zwischen den linken Parteien Chiles bestanden sind mir von dort nicht bekannt.

Das könnte damit zusammenhängen das Cháves in der Regel deutlich über 50% der Wahlberechtigten hinter sich versammeln kann. Auch das Militär steht dort auf seiner Seite. Allende wurde dagegen nur von ca. 40% der chilenischen Gesellschaft unterstützt. Damit kommen wir zum zweiten Teil der Niederlage von 1973.

Doch dazu ist erst auf etwas wichtiges hinzuweisen. Wenn eine konsequente sozialistische Kraft wichtige Positionen innerhalb ihrer Gesellschaft erobern kann, muss sie auch eine Vorstellung davon haben, welche zukünftigen Probleme die Aufgabe dieser Positionen notwendig machen kann. Schließlich darf das voran Schreiten nicht in eine Katastrophe führen. An diesem Punkt ist die Unidad Popular gescheitert. Als die gesellschaftliche Entwicklung auf den Militärputsch zu zusteuern begann hatte sie keine einheitliche Antwort.

Salvador Allende hat mit der von ihm geplanten Volksabstimmung über sein Programm versucht, den notwendigen Rückzug einzuleiten. Leider konnten die Linksradikalen innerhalb der Sozialistischen Partei, die auf dem revolutionären Weg weiter voran Schreiten wollten, verhindern, dass dies zur Position der Unidad Popular wird. Mit fürchterlichen Folgen für die gesamte chilenische Linke.

Daher steht die Niederlage im Zentrum der Beschäftigung mit Allende und der Unidad Popular. Für Sozialdemokraten als Beweis das jeder sozialistische Versuch in einer Katastrophe endet. Weshalb dieser Weg Sinnvollerweise nicht beschritten werden sollte. Wir müssen dagegen Zeigen, dass es für die chilenische Linke Handlungsalternativen gegeben hat. Leider wurden diese nicht beschritten.

Lateinamerika:

Reform als Revolution

Gebannt blicken Linke auf die gespannte Lage im südlichen Amerika. Erinnerungen an Allende werden wach. „Das Argument“ liefert differenzierte Hintergrundanalysen.

„Ich glaube, dass es Lateinamerika ist, das die Welt ändern wird.“ Mit diesem Zitat von Jean Ziegler eröffnet Wolfgang Fritz Haug den Schwerpunkt des Heftes. Tat-

sächlich sei der anderswo verschwundene Sozialismus dort nachdrücklich neu belebt worden. Um notwendige Reformen für die Menschen und mit den Menschen in Angriff nehmen zu können, braucht es eine „Umgestaltung, die vielerorts auf eine politische Revolution hinauslaufen müsste und es in einigen Ländern gegenwärtig tatsächlich tut“. Speziell hoffnungsvoll ist: „Nicht bewaffneten Avantgarden kommt in diesem geschichtlichen Mo-

ment die Protagonistenrolle zu, sondern demokratischen Mehrheiten.“

Von Bolivien bis Brasilien

Derzeit steht Bolivien im Brennpunkt. Die aktuellen Berichte zum Kampf des Movimiento al Socialismo und der von Evo Morales geführten Regierung rufen ungute Erinnerungen an das blutige Ende der Unidad Popular von Salvador Allende in Chile vor 35 Jahren wach. Auch deren Reformen wurden von der alten Machtelite als Revolution bewertet. Militärs stoppten sie mit Unterstützung aus den USA. Die besonderen Probleme des „indoamerikanischen Sozialismus“ in Bolivien werden

in zwei Beiträgen ausgeleuchtet. Isabel Rauber, die in Argentinien lebt, schreibt von einer in Lateinamerika generell schwierigen Suche nach eigener Identität. Nach jahrhundertelanger Ungerechtigkeit und Ausgrenzung der Ureinwohner habe die Wahl von Morales, welcher als Präsident die unterdrückte Mehrheit repräsentiert, eine eigentliche „Kulturrevolution“ eingeleitet. Bolivien sei das einzige Land der Welt, in dem „eine soziale Bewegung im strikten Sinne“ an die Macht gelangte. In seiner Kampagne propagierte Morales ausdrücklich eine multikulturelle Nation, die Einheit in der Vielheit. Doch der Weg dorthin führe über „organisatorische, juristische, kulturelle und wirtschaftliche“ Minenfelder. Hier ist ein Staat, eine Gesellschaft neu zu bauen. Eine riesige Aufgabe, für die keine Modelle sowie kaum erfahrenes Führungspersonal zur Verfügung stehen. Fabiola Escárcaga sieht in Bolivien „das vielleicht dramatischste Beispiel“ der Folgen des neoliberalen Wandels, den die vergangenen zwei Jahrzehnte brachten: „Das transnationale Kapital ist in neue Territorien vorgestossen und hat seine Gunst anderen entzogen, hat die indigenen Bevölkerungen der Ländereien ihrer Vorfahren beraubt, sie vertrieben und als gefügige Arbeitskräfte einverleibt.“ Das führte zu Migrationsbewegungen in die neuen ökonomischen Zentren. „Santa Cruz und El Alto, die vor 30 Jahren unbedeutende Ortschaften waren, sind zu grossen städtischen Agglomerationen angewachsen und stellen heute einen bedeutenden politischen Faktor dar.“ Das habe zwar auch „die Lebenserfahrungen der indigenen Bevölkerungen erweitert“, ein Bewusstsein für die eigenen Rechte und ihre eigene Stärke geweckt, doch die etablierte Elite antwortete auf die radikale Infragestellung ihrer Macht mit rassistischen Argumenten, mit Boykotten und Spaltungsversuchen. Sie scheint entschlossen, die Regierung zu stürzen.

In der anderen Hälfte des linken lateinamerikanischen Spektrums liegt Brasilien. Hier sei der Präsident „kein Sozialist“, wie Andreas Novy als langjähriger Beobachter aus Wien bescheinigt, seine

PT „keine sozialistische Partei mehr“. Lula habe bewusst nicht das Experiment von Allende wiederholen, nicht den Weg von Chávez einschlagen, die Polarisierung vermeiden wollen. „Kein Bruch. Ein Übergang“ war von Anfang an die Maxime. Heute gefährde Ernüchterung und Enttäuschung die Vision. Das aber „wäre tragisch, weil es erstmals die realistische Chance gibt, 500 Jahre alte Abhängigkeiten zu überwinden“. Wie auch die Überblicksartikel im Heft zeigen, ist Brasilien durchaus jenen Kräften zuzurechnen, die alternative Entwicklungen möglich machen. Gegen die von den USA dominierte panamerikanische Freihandelszone wurde gemeinsam mit Venezuela mobilisiert. Es gibt regionale Kooperationen, und Süd-Süd-Beziehungen werden global ausgebaut. Vor einem Jahrzehnt noch wurde ganz Lateinamerika von rechten Regierungen beherrscht, ruft Raúl Zibechi in Erinnerung. „Der erfolgreiche Widerstand gegen das neoliberale Modell hat neue Kräfteverhältnisse geschaffen.“ In einer „multipolaren Region“ können und müssen die sozialen Bewegungen nun zum Teil im Konflikt, zum Teil an der Seite von Regierungen agieren, „mit denen sie nur punktuell übereinstimmen“. Eine neue Herausforderung.

Ein hochkomplexer Prozess

Auch zwei differenziert distanzierte Texte über Kuba zeigen eine hochkomplexe Dynamik, die bei uns nicht nur im Krisenfall mehr Aufmerksamkeit verdiente. Kontrovers wirkt die Beurteilung der Zapatistas. In einem Beitrag wird vermutet, diese hätten sich in Mexiko bei den jüngsten Wahlen mit ihrer radikalen Abgrenzung gegen die institutionelle Linke ins Abseits manövriert und eine breite Mobilisierung der sozialen Basis behindert. An anderer Stelle wird betont, dass „der zapatistische Einfluss in Lateinamerika sehr tief“ reiche, insbesondere seien endlich auch Indios in einen offenen Prozess ohne starre Zielvorgabe einbezogen worden. Die beiden Einschätzungen schliessen sich ja nicht aus. Herausgeschält werden

zwei Linien, die in Lateinamerika nebeneinander, aber nicht unbedingt gegeneinander laufen: Der „petrosozialistische“ Transformationspfad in Venezuela, Bolivien, Ecuador und indirekt auch Kuba erhalte durch die von Brasilien angeführten, eher liberal-sozialdemokratischen Regierungen einen „Schutzschirm“.

Rezensionen zum Schwerpunktthema bringen weitere Aspekte und Akzente ein. So scheint etwa die Chávez-Biografie von Cristoph Twickel in der Edition Nautilus ein Buch, mit dem sich das medial kolportierte Bild eines mehr oder minder gefährlichen Politclowns korrigieren liesse. Zwar werde darin dessen Werdegang erzählt, aber „nicht der ‚commandante‘ selbst, sondern die sozialen und gesellschaftlichen Prozesse der jüngeren venezolanischen Geschichte sind dabei die eigentlichen Protagonisten.“ Würde doch auch die aktuelle Berichterstattung mehr so gewichten!

Haste



Kehrt die Revolution zurück in Lateinamerika?

Das Argument 276.
Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 50. Jahrgang. Heft 3/2008,
Hamburg, 160 Seiten, 11 Euro.

www.argument.de

„Der Kaiser ging, der Führer ging – die Waffenschmieden blieben“¹

Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit in Bremen von der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit

Schon vor dem 1. Weltkrieg hatte sich Bremen mit dem Aufbau einer eigenen Metallindustrie und der Beteiligung an der verspäteten deutschen Kolonialbewegung zu einem Zentrum der deutschen Waffenproduktion entwickelt. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages und die Abtretung der Handelsflotte an die Siegermächte versetzten nach Kriegsende nicht nur den Rüstungsproduzenten einen empfindlichen Schlag. Nachdem am 4. Februar 1919 der Versuch einer sozialistischen Neuordnung gescheitert war, ermöglichten die nach der kurzen Weimarer Konjunkturperiode mit Dollar-krediten finanzierten Fusions- und Rationalisierungsmaßnahmen wohl eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Bremer Handels und der Industrie. Aber fehlende Rüstungsaufträge und nachlassende Bauaufträge deutscher Reedereien führten schnell zum Abbau der Belegschaften und zum drohenden Ruin größerer Betriebe wie der Deschimag (AG-Weser). Dennoch gelang es, trotz des Aufrüstungsverbots im profitträchtigen Kriegsschiffbau durch Gründung von Tarnfirmen in diesem Bereich tätig zu bleiben. So gründete z. B. die AG-Weser 1922 zusammen mit anderen deutschen Werften in den Niederlanden ein Konstruktionsbüro für den nach 1918 verbotenen U-Bootbau (Ingenieurskantor

voor Scheepsbouw, IvS), das in enger Verbindung zum Reichsmarineamt stand. Die von Ludwig Roselius maßgebend finanzierten Focke-Wulf Flugzeugwerke beteiligten sich ab 1931 an der geheimen Reichswehrfliegerei. Und es ist sicher kein Zufall, dass der für diesen Bereich verantwortliche Konstrukteur Kurt Tank, der spätere Chefkonstrukteur der „Condor“ und des „Würgers“, zur zentralen Figur im Vorstand von Focke-Wulf nach 1933 wurde.

Die Weltwirtschaftskrise traf Bremen besonders intensiv. 1929 kam es erneut zu Massenarbeitslosigkeit und zur Stilllegung von Betrieben. Dazu ein Zeitzeuge in dem vom Forschungsprojekt angeregten Band „Stell Dir vor, die Werften gehören uns...“, 1983, S. 172:

«Der Norddeutsche Lloyd läutete mit der gleichzeitigen Entlassung von weit über 5.000 der Insgesamt 12.000 Werftarbeiter der AG-Weser während der zweiten Hälfte des Jahres 1929 die Weltwirtschaftskrise in der Hansestadt ein. Das Fehlen von Anschlussaufträgen veranlaßte auch die übrigen Bremer Werften zu einer Verringerung der Belegschaften, so daß die Anzahl der Beschäftigten in den wichtigen Bremer Schiffbaubetrieben von März bis Oktober 1929 um 42% abnahm.

Der damals arbeitslose Karl Grobe faßt In einer Rückerinnerung die Folgen dieser Politik so zusammen:

„Da ist er, der stolze Luxusdampfer ‚Bremen‘ des Norddeutschen Lloyd. Ein Prachtstück deutscher Schiffbautechnik. Ganz Deutschland ist stolz auf dieses Meisterwerk der Bremer Schiffbauer. Die Presse jubelt. In unzähligen Artikeln wird jedes Detail dieses Ozeanriesen beschrieben. Die Luxuskabinen! Die Salons! Die Swimming-Pools! Welch ein herrliches Werk haben hier die Werftarbeiter geschaffen! – Und wer berichtet der Nachwelt von den schweren Arbeitsbedingungen, vor allem während des eisigen Winters 1928/29? – Auf den Helgen unter freiem Himmel bei minus 20-30 Grad wird geschuftet! Wer zählt, wie viel Arbeiter Ihr Leben einbüßten, wieviel Verletzungen, wieviel Erfrierungen dieser Riese forderte? – Im Juli 1929 fährt die ‚Bremen‘ die Weser hinunter. Hinaus ins freie Meer. Eine Triumphfahrt, denn gleich auf der ersten Überfahrt nach Nord Amerika holt sie sich das ‚Blaue Band des Meeres‘ (Geschwindigkeitsrekord)! Deutsche Tüchtigkeit! Die Presse jubelt! – Und zur gleichen Zeit ziehen tausende Werftarbeiter durch das Werfttor zum Arbeitsamt, um sich das ‚blaue Band‘ in der Stempelkarte zu holen ...“

1- So der Titel einer Broschüre der Arbeitsgruppe Abrüstung an der Universität Bremen von 1984, entstanden u.a. aus meinem Lehr- und Forschungsprojekt Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung in Bremen von 1905-1952. Einige der wichtigsten Buchtitel von Mitarbeitern des Projektes, auf die ich im folgendem zurückgreife: Dieter Pfliegensdörfer, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929-1945, Bremen 1986; Wollenberg, Heer-Kleinert, Müser, Pfliegensdörfer, Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-1933, Bremen 1983; Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Katalog zur Schlachthofausstellung 1983 als gemeinsame Arbeit von Studenten und Mitarbeitern des oben genannten Lehr- und Forschungsprojektes in Kooperation mit Mitarbeitern und Studenten der damaligen Hochschule für gestaltende Kunst und Musik; weiter: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 5, 1983, Teil 1: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931-1945; „Vom Würger zum Tornado“ 60 Jahre Flugzeugbau in Bremen von unten betrachtet von IG Metall-Kollegen bei MBB-Bremen, 1984. Das Projekt einer mehrteiligen Rundfunksendung von Radio Bremen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung wurde ebenfalls von Mitarbeitern des Forschungsprojektes bestritten. Außerdem kamen regelmäßig im Gewerkschaftsraum der „Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen“ zu Wort, die als Widerstandskämpfer gegen das NS-System die Wiederaufrüstung in den fünfziger Jahren entschieden bekämpften und das lebendige Gewissen der Bremer Arbeiterbewegung repräsentierten. (vgl. dazu die Filmreihe „Bremer Arbeiterbiographien als „ganzheitliche“ Lebensgeschichten von P. Alheit, H.G. Hofschien, I. Gerstner und J. Wollenberg, wie auch den Band über Käthe Popall. Geschichte erzählt: Bremer Arbeiterbiographien, 1985.

Zusätzlich erfolgten in den mit dem Schiffbau eng verknüpften Betrieben der Metall- und Holzindustrie Massentlassungen; so reduzierten verschiedene Betriebe des Holzgewerbes Ihre Belegschaft um 20% bis 45%, die konjunkturelle Abwärtsbewegung dehnte sich auch auf andere Sektoren aus: die Hansa-Lloyd-Werke verringerten den Bestand Ihrer Arbeiter um etwa 45%, die Lloyd-Dynamo-Werke um etwa 15% und die Francke-Werke sogar um 60%. Im Dezember 1929 waren 23% aller Arbeiter des Stadt- und Landgebietes Bremen arbeitslos.»

Karl Grobe, Vorsitzender der Bremer Jungsozialisten und Kritiker der von der SPD tolerierten Politik der Aufrüstung und Notverordnungen der damaligen bürgerlichen Koalitionsregierungen („*Kinderspeisung statt Panzerkreuzer*“) übernahm mit dem oppositionellen Kommunisten Adolf Ehlers ab 1931 den Vorsitz der für Frieden und Abrüstung eintretenden Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Vergeblich forderten sie SPD und KPD zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus auf. Öffentliche Arbeitsbeschaffung und den „*Freiwilligen Arbeitsdienst*“ (FAD) lehnten sie gemeinsam mit der KPD als Ausweg aus der Krise ab.

Auch die in Bremen vom Senat intensiv geförderten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten nichts daran ändern, dass 1932 die Arbeitslosen die Zahl von über 40.000 im Krisenjahr der Republik von Weimar überschritten. Nicht wenige Vertreter von Handel und Industrie plädierten in Bremen für die Deutschnationalen der DNVP von Hugenberg und Papen. Sie setzten zugleich verstärkt auf die faschistische Diktatur, weil diese mit Rüstungsaufträgen nicht nur einen Ausweg aus der Krise versprach, sondern damit auch Ersatz für die zu erwartenden Schwächung des Außenhandels.

Durch Kapitaltransfer in die Rüstungsbetriebe gelang es den Großkaufleuten, alsbald die sinkenden Handelsprofite auszugleichen. Eng mit dem Staatsapparat verzahnt forderten sie spätestens ab 1932 die „*Zerschlagung des Marxismus*“ und die Errichtung einer „*nationalen Diktatur*“. In dem von der Handelskammer

verbreiteten öffentlichen „*Bekanntnis des bremischen Kaufmanns zur neuen Regierung*“ vom 27. März 1933 heißt es u.a.: „*Was den Bemühungen patriotischer Kreise ... in der Kriegszeit nicht gelungen ist, was die Besten in den folgenden 14 Jahren unter ständigen Demütigungen erhofft haben, ist von dem jetzigen Reichskanzler Adolf Hitler in langem zähen Ringen erreicht worden*“.

Die Hoffnungen erfüllten sich. Denn Bremen zählte spätestens mit der Proklamierung der deutschen Wehrhoheit ab 1935 zu den wichtigsten Rüstungsschmieden in Deutschland, im Flugzeugbau ebenso wie im Schiff- und Militärfahrzeugbau. Aber auch in anderen Rüstungsindustrien, besonders im Stahlbau mit der Herstellung von Vanadin-Edelstahlherstellung und Edelstahlbohrspitzen für Rüstungszwecke durch die zum Krupp-Konzern gehörende Norddeutsche Hütte (nach 1945 Klöckner-Werke, heute ArcelorMittal). Schon im März 1934 hatte Bürgermeister Markert mitgeteilt, dass die Deschimag (AG-Weser) für den zum Konzern gehörenden Weser-Flugzeugbau „*nunmehr auch vom Reichswehrministerium Aufträge für Flugzeugbau in Lizenz erhalte und bereit sein würde, nötigenfalls auch anderen Bedarf für Militärzwecke herzustellen*“. Das gelang der Werftleitung 1935 mit der Übernahme umfassender Marineaufträge. Auch die Atlas-Werke hatten damit schon 1934 Erfolg. Und die Hansa-Lloyd Automobilwerke (ab 1938 C.F.W. Borgward) beteiligten sich ebenfalls ab 1934 mit der Entwicklung von Halbkettenfahrzeugen an der noch verbotenen Aufrüstungspolitik des NS-Systems.

Anders als in der propagandistischen Selbstdarstellung aus dem Jahre 1935 spielten Arbeitsdienst und Autobahnbau eine geringe Rolle bei dem Abbau der Beschäftigungskrise in Bremen. Vielmehr war es der steigende Arbeitsbedarf in den Rüstungsbetrieben, der 1935 den hohen Beschäftigungsbestand von 1928 wieder erreichte. Trotz der durch den Krieg erzwungenen Einstellung des für Bremen so wichtigen Überseeverkehrs gelang es der Bremer Kaufmannschaft und dem Großbürgertum in Verbindung mit dem Senat und altgedienten Spitzenbeamten des Finanz- und Wirtschaftsapparates, die Rüstungsproduktion um die Erschlie-

ßung eines neuen profitträchtigen Betätigungsfeld zu ergänzen: der Beteiligung an der Ausplünderung der besetzten oder mit dem „*Dritten Reich*“ kollaborierenden Länder und Staaten, besonders in Südost- und Osteuropa, vor allem in besetzten Teilen der Sowjetunion.

„Wirtschaft ohne Nazis“ nach 1945?

Die Lieferanten für Heer, Marine und Luftwaffe durften sich nach einer kurzen, von den alliierten Militärregierungen mit dem Gesetz Nr. 8 vom 26. September 1945 verordneten Zwangspause am Wiederaufbau beteiligen. „*Auferstanden aus Ruinen*“ beteiligten sich – nach der mit der Westintegration verbundenen und nicht nur in Bremen umstrittenen Remilitarisierung der BRD – die Nachfolger der nach 1945 zunächst zur Demontage verpflichteten alten Rüstungsschmieden Focke-Wulf, Weser-Flug, Atlas-Werke, Klätte, Borgward, die AG „*Weser*“ oder die Norddeutsche Hütte mit ihren in der Regel „*entnazifizierten*“, jederzeit und jedermann dienstwilligen Eliten erneut an der Rüstungsproduktion.

Mit Unterstützung des Senats gelang es in den fünfziger Jahren, die traditionellen Rüstungsbetriebe, Automobilwerke, Werften und Flugzeugindustrie, an der militärischen Fertigung wieder zu beteiligen und ihren alten Platz als Rüstungsproduktionsstätten wieder einzunehmen. Die sachlichen und personellen Kontinuitäten in diesem Bereich sind mehr als frappierend. Ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg wurde das Produktionsverbot in der Militärluftfahrttechnologie durch Kooperationspartner im Ausland abgesichert. Wehrwirtschaftsführer Kurt Tank hatte sich zum Beispiel 1947 mit wichtigen Bauunterlagen des Stahljägerprojektes und dem größten Teil seines Entwicklungsteams nach Argentinien abgesetzt. Ebenfalls Henrich Focke, der in Brasilien die Fertigung von Militärhubschraubern leitete. Beide hielten den Kontakt nach Bremen aufrecht, u.a. zum früheren Weser-Flug-Direktor Feilcke, dem „*spiritus rector des neuen Bremer Flugzeugbaus*“ (Pfliegensdörfer), aber auch zu Borgward, zu Krupp und zur neuen Bundesregierung.

Der von Hitler wegen seiner „großen Verdienste ... um die zivile Luftfahrt und erst recht um die deutsche Luftwaffe“ 1943 zum Professor ernannte Tank unterbreitete u.a. Anfang der fünfziger Jahre der Bundesregierung Pläne für den Aufbau einer westdeutschen Flugzeugindustrie. Parallel dazu liefen die organisatorischen Vorbereitungen für den Beginn der durch den Kalten Krieg und die Westintegration zu erwartenden Wiederaufnahme der Rüstungsproduktion in Bremen.

In der zu fast 60 Prozent zerstörten Stadt stellten die nicht gänzlich zerbombten Rüstungsbetriebe wie Klatte oder Atlas nach Kriegsende zu-

nächst Haushaltsgeräte und sanitäre Einrichtungen her. Bald darauf wurden bei Klatte oder den „Atlas-Werken“ nicht mehr Stahlhelme in Kochtöpfe umgewandelt. Die Verpflichtung zur „ausschließlichen Friedensproduktion“ und zur Demontage konnten die Unternehmensvertreter teilweise mit Hilfe des Senats und durch Beschlüsse der Bürgerschaft unterlaufen.

Exemplarisch verweisen wir auf die Verhandlungen der Bürgerschaft zu Theodor Klatte (Bürgerschaftsprotokoll, 1946, S. 130ff.) und auf die Erklärung von Wirtschaftssenator Wilhelm Harmssen, bis 1945 neben dem Kunstmäzen Blaum Direktor und Vorstandsmitglied der Atlaswerke, zu den einschneidenden Folgen der Demontage für die industrielle Entwicklung Bremens am Beispiel der AG-Weser (Bürgerschaftsprotokoll 30.10.1947). Der zum Krupp-Konzern gehörende Rüstungselektronikspezialist Atlas konnte seine Erfahrungen in der militärischen Fertigung nach 1945 auf den zivilen Sektor übertragen. Die Echolote für die U-Boote der Marine wurden für zivile Zwecke weiter entwickelt, zum Beispiel für den Fischfang oder als Solaranlagen. In den achtziger Jahren kamen alle nach dem 2. Weltkrieg mit Solaranlagen ausgestatteten U-Boote der Bundesmarine aus Bremen. Auch der neue Luftfahrzeugbau-Konzern MBB (früher VFW) übernahm wieder eine Vorreiterrolle. Nach

Tanks Pionierleistungen mit dem Bau des viermotorigen Langstreckenflugzeugs Condor, das 1938 als erste Passagiermaschine den Atlantic nonstop



Kurt Tank und Erwin Schulz

überquerte, und dem in 25.000 Einheiten gefertigten Jagdflugzeug FW 190 „Würger“ von 1939 produziert der Konzern seit den achtziger Jahren das teuerste Spielzeug der Bundeswehr: den MRCA-Tornado als Nachfolger für den verunglückten Starfighter.

Der nach der Korea-Krise einsetzende Kriegsschiffbau machte auch die Bremer Schiffbauer zu den Nachkriegsgewinnern: mit der Herstellung von Schnellbooten, Fregatten und U-Booten. Wie schon 1933 sahen die Unternehmer nach 1945 in der Waffenfertigung ein profitables Geschäft. Ehemalige Wehrwirtschaftsführer konnten sich daran wieder beteiligen, weil es den Hitler-Förderern von Ludwig Roselius über Carl F. Borgward und Robert Kabelac (Vulkan) bis zu Franz Stapelfeldt (AG-Weser) auch mit Hilfe des Senats gelang, sich als Männer der inneren Emigration oder gar als Widerstandskämpfer zu deklarieren.

Der von der US-Militärregierung eingesetzte öffentliche Kläger ging in Bremen von 470 Hauptschuldigen aus. In der Spruchkammer waren es nur noch 40 (8,5%) und nach der Berufung blieben lediglich 25 übrig. Darunter befanden sich kein Politiker oder Wirtschaftsführer, nur

noch „Kriminelle“ und der Landesbischof von Bremen. Dazu wurden auch die KZ-Wächter aus Mißler und Ochtersand gezählt, ebenso die Beteiligten am Judenpogrom in Bremen. Nicht aber der vor dem Nürnberger Militärgerichtshof im Einsatzgruppen-Prozess als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige Leiter der Bremer Gestapo Erwin Schulz, der als SS-Brigadeführer und Generalmajor zum Chef des Amtes I (Personal) im RSHA aufstieg und mit den Einsatzgruppen am Massenmord im Osten beteiligt war. Selbst dieser „Hauptschuldige“ wurde nach einer Intervention von Alfred Faust aus der Haft befreit.

Was waren die heute kaum noch nachzuvollziehenden Gründe, die den einstigen antifaschistisch gesinnten Chefredakteur der Bremer Volkszeitung und Reichstagsabgeordneten der SPD nach 1950 als Pressesprecher des Senats veranlassten, trotz seiner KZ-Haft in Mißler den Präsidenten des Senats, Bürgermeister Kaisen (SPD), und den Senator Ehlers (KPD/SPD) zu bitten, Schulz aus dem Zuchthaus für Kriegsverbrecher in Landsberg frei zu pressen. „Als ehrenwerter, geradliniger und charakterfester Mensch“ (so Schulzens Selbstdarstellung von 1954) erhielt dieser verurteilte Hauptkriegsverbrecher nach seiner vorzeitigen Entlassung seine Bremer Dienstbezüge und bis zu seiner Pensionierung ein Übergangsgeld. Von seiner Entschädigung für die Kriegsgefangenschaft konnte Schulz sich schuldenfrei und unbelästigt in Bremen wieder einrichten.²

Ist dieser unglaubliche Vorgang Teil jener „Traditionspflege“ von Kaufmannschaft und (mehrheits-)sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, die schon dazu beitrug, die Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 zu zerschlagen? Ein Bündnis, das sich in politischen Grundsatzfragen nicht

2– Zu diesem Fall, der exemplarisch steht für die gescheiterte Entnazifizierung in Bremen – und nicht nur hier – vgl. Michael Wildt, *Generation der Unbedingten* 2002, S.779-784 und die Fallstudie zu Erwin Schulz von Karl Schneider in seiner demnächst erscheinenden Arbeit über die Bremer Polizeibataillone. Dazu auch Hans Hesse, *Konstruktion der Unschuld. Die Entnazifizierung am Beispiel von Bremen.*, Bremen 2005

nur zu Kompromissen mit dem Bürgertum verpflichtete, sondern als Arbeitsgemeinschaft mit der Kapitalfraktion nach 1945 die Bereitschaft voraussetzte, sich mit ehemaligen Kooperationspartnern des NS-Systems zusammen setzen zu müssen. Ein politisches Konzept, das angesichts der zunächst von Teilen der SPD mit getragenen starken Antifa-Organisation (KgF) mit ihrem antikapitalistischen Konsens bedeutete, Abschied zu nehmen von den in der Länderverfassung durchgesetzten Sozialisierungsforderungen und der Ablehnung der Rüstungsproduktion durch die Bremer Arbeiterbewegung. Eine politische Grundhaltung, mit der die Entnazifizierung zur Farce vorkommen musste. Erst die in den achtziger Jahren langsam einsetzende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit ließ erste kritische Nachfragen zum Bremer Handelskapital und zu den Rüstungsindustriellen zu, die das NS-System stützten und förderten.

Umso mehr musste es verwundern, dass trotz der vom sozialdemokratischen Senat tolerierten Wende – mit den zahlreichen kritischen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Machübertragung an die NSDAP – Hans Koschnick als Präsident des Senats ausgerechnet am 1. September 1983 verkündete, „durch Bundeswehraufträge die bremische Wirtschaft zu beleben“? Er wolle sich dafür einsetzen, „dass entsprechende Beschaffungsaufträge der Bundeswehr nicht an der bremischen Wirtschaft vorbeigehen“. Und das im Krisenjahr seiner Tätigkeit mit der Schließung der AG Weser und angesichts von über 10.000 Menschen, die 1983 auf dem Marktplatz am Antikriegstag für Frieden und Abrüstung demonstrierten.

Sicher konnte der Bürgermeister davon ausgehen, dass angesichts der Beschäftigungs- und Entlassungskrise in der Werftenindustrie auch die Mehrheit der Metaller dem Beschluss des Vorstands nicht mehr folgen würden, Beteiligungen an Rüstungsproduktionen abzulehnen. Einmal ganz davon abgesehen, dass sich nur noch wenige an 1947/48 erinnerten. Damals gehörte der Stadtstaat Bremen zu den Ländern, deren Verfassungsväter und -mütter bei der Abrechnung mit der NS-Vergangenheit noch von einer antikapitalistischen Umgestaltung ausgingen. So sah der Verfassungsentwurf der SPD vor, die

Schlüsselbetriebe und ehemaligen Rüstungsfirmen unverzüglich in Gemeineigentum zu überführen und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte abzusichern. Diejenigen, die sich als Minderheit mit dem „Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen“ daran erinnerten, antworteten auf die Rüstungsinitiative des Senats von 1983 mit einer Abrüstungsinitiative: „Für den Frieden produzieren – Alternative Fertigung statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung“ – als Arbeitshilfe für betriebliche Arbeitskreise, Friedensinitiativen und die gewerkschaftliche Arbeit. (vgl. die Broschüre der von Jörg Huffschmid und Dieter Pfliegensdörfer geleiteten Arbeitsgruppe Abrüstung an der Universität Bremen, 1984, S.41ff.) Und kritische IG Metall-Kollegen von MBB-Bremen (Messer-schmidt-Bölkow-Blohm GmbH) luden am 31. August 1984 zu einer Ausstellungseröffnung in die Zionsgemeinde (Kornstr.) ein: „Vom Würger zum Tornado. 60 Jahre Flugzeugbau in Bremen von unten betrachtet von IG-Metall-Kollegen bei MBB-Bremen“; gefördert und unterstützt von einem breiten Bündnis von Vertrauensleuten und Betriebsräten, der Arbeiterkammer, dem Arbeitskreis der Bremer Arbeiterveteranen, der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden und – last not least – dem Senator für Wissenschaft und Kunst.

Postskriptum: „They will do it again“

Und vergessen wir angesichts des 32. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen nicht, darauf hinzuweisen, dass trotz aller Hoffnungen auf ein neues demokratisches Deutschland auch die „Deutschen Christen“ – nicht nur in Bremen um den Domprediger Heinz Weidemann (1895-1976), der als NS-Landesbischof die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ als „braunen Stoßtrupp“ innerhalb der reformierten Kirche definierte und nach 1945 als „Hauptschuldiger“ eingestuft wurde – , sich in den ersten Nachkriegsjahren einer Aufarbeitung ihres Sündenfalls von 1933 verweigerten. Dagegen machte

sich die „Bekennende Kirche“ auf dem Weg, den Anpassungskurs von 1933 zu kritisieren – in Anlehnung an die „Barmer Theologische Erklärung“ von Karl Barth und Hans Asmussen aus dem Jahre 1934. Aber das Stuttgarter Schuldbekennnis von Pastor Martin Niemöller, der sich als Häftling im KZ Dachau vom Militaristen zum entschiedenen Friedenskämpfer gewandelt hatte, fand lange Zeit wenig Unterstützung. In Bremen freilich gehörten einige Pastoren in der Traditionspflege von Albert Kalthoff, Emil Felden oder Gustav Greiffenhagen bald zu denen, die den Frieden als Konsequenz der christlichen Botschaft verstanden und die deshalb zu Kooperationspartnern der Bremer Friedensbewegung wurden.

Aber auch sie mussten zur Kenntnis nehmen: Das von Gustav Heinemann, dem einstigen innenpolitischen Gegner von Adenauers Politik der Wiederaufrüstung und späteren Bundespräsidenten, mitgeprägte Stuttgarter Schuldbekennnis vom 18. Oktober 1945: „wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt haben“ gab nicht nur den Gegnern, sondern auch den Freunden die Gelegenheit, die eigene Verantwortung mit der „Schuld der anderen“ aufzurechnen. Die Diffamierung der „Schuldbesessenen“ begann. Sie kulminierte das erste Mal im Januar 1946 in Erlangen, als Studenten es ablehnten, von Niemöller das Schuldbekennnis anzuhören. Sie vertrieben ihn aus der Universitätsstadt, der einstigen braunen Hochburg nicht nur der Theologen.

Zum gleichen Zeitpunkt gaben Hakenkreuzschmierereien an Gymnasien in Hannover und Detmold den Anlass zu einer kritischen Intervention des einstigen preußischen Kultusministers und Widerstandskämpfers Adolf Grimme. Der damalige niedersächsische Kultusminister erklärte als ehemaliges Mitglied der lange als vaterlandslose Gesellen diffamierten „Roten Kapelle“: „Wäre die Besatzungsarmee nicht im Lande – ich möchte schon heute die Zahl der Rathenau-Morde nicht sehen.“ (Januar 1946). Ein Jahr danach zerstörte am 9. Januar 1947 eine Bombe das Büro der Spruchkammer in

3– Vgl. Christoph Klessmann: *Doppelte Staatsgründung*, Göttingen 1982, S. 96/97; Jörg Wollenberg: *8. Mai 1945. Neugeordneter Wiederaufbau oder verhinderte Neuordnung*, Bremen 1985, S. 27ff, 196 ff.; Norbert Frei, *Hitlers Eliten nach 1945*, München 2003.

Nürnberg. Sie war gegen den Vorsitzenden des Nürnberger Entnazifizierungsgerichtes und Landgerichtspräsidenten Camille Sachs gerichtet, der noch einmal davonkam.³ Ansonsten erwies sich gerade diese Entnazifizierung, die die Alliierten 1946 in deutsche Hände legten, als „Geburtsfehler der deutschen Demokratie“ (Eugen Kogon). Nicht als Teil einer gesellschaftlichen Umgestaltung, sondern als Prozess personeller Säuberung mit dem Charakter eines Inquisitionsverfahrens und der Gesinnungsschnüffelei endete der intendierte Selbstreinigungsprozess der Deutschen in den Westzonen. Der verurteilte Mitverschwörer am Rathenau-Mord, Ernst von Salomon, konnte mit einer Farce der Entnazifizierung seine Nachkriegskarriere als Erfolgsschriftsteller krönen (Fragebogen, 1951). Viele Deutsche empfanden sich schon damals als Opfer. Die ungeheuer einprägsame Formel, die Deutschen seien „Hitlers Opfer“ gewesen, gewann in den Zeiten der Entnazifizierung einen unschätzbaren Gebrauchswert für ehemalige Rüstungsindustrielle, für Täter, Gefolgsleute und Mitläufer des „Dritten Reiches“.

Aber nicht nur diese konnten sich und ihr Verhalten so von jeglicher Schuld entlasten. Auch Nicht-Belastete nutzten diese Entlastungsstrategien der „Entsorger“. Der Dachau-Häftling und erste Nachkriegsvorsitzender der SPD, Kurt Schumacher, behauptete z.B. auf dem Hannoveraner SPD-Parteitag von 1946, der bewaffnete Widerstand sei in Deutschland so schwach gewesen, weil hier der Druck des Naziterrors „unvergleichlich stärker war als anderswo“. Stärker als z.B. in Polen oder der UdSSR? Der aus dem USA-Exil zurückgekehrte Antifaschist Alfred Kantorowicz, der von 1947-1949 in Berlin die zwischen den Zonen vermittelnde Zeitschrift „Ost und West“ herausgab, bezeichnete das NS-System als „braune Besatzungsarmee auf deutschem Boden“. Und Erich Kästner notierte am 8. Mai 1945 in sein Tagebuch: Deutschland ist das „von Hitler zuerst und am längsten besetzte und gequälte Land gewesen“ (Notabene 45, Frankfurt/M. 1965, S.115).

Nein, die „Rückkehr Deutschlands zur Menschlichkeit“ (Thomas Mann am 10. Mai 1945 zum Tag der bedingungslosen Kapitulation), die Wiederaufnahme in die Gesellschaft anderer Nationen, war für viele Deutsche keine Frage der Moral und des Eingeständnisses der Schuld.

Dazu waren nur wenige bereit, die „aus der unglaublichen Gunst einer totalen Niederlage heraus die Kraft zur totalen Wandlung“ (Alfred Andersch) fanden. Es setzten sich dagegen jene Vertreter durch, die nach der militärischen Niederlage von 1945 Hitler als Übermächtigen verteuflten, um so die eigene Verantwortlichkeit zu reduzieren. Während nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die Vergangenheit verklärt wurde, gelang es den Relativierern nach dem „Zusammenbruch“ von 1945, die Vergangenheit zu dämonisieren und Hitler zum Betriebsunfall zu erklären. So konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, schreibt Heinrich Senfft in seinem Essay über „Kein Abschied von Hitler“, dass „diejenigen – also fast alle – die sich rabiät gegen den Gedanken an eine Schuld oder gar eine Kollektivschuld wehrten, dieselben oder von der gleichen Machart waren, wie jene, die nach 1918 gegen die ‚Kriegsschuldlüge‘ gekämpft und die ‚Dolchstoßlegende‘ verbreitet hatten“.⁴

„Das Jahr Null hat es nie gegeben“, schrieb der Amerikaner Brewster S. Chamberlain in seinen Berliner Berichten von Juli bis Dezember 1945. Und der langjährige Finanzminister von Franklin D. Roosevelt argwöhnte schon 1944 in seinem mit Unterstützung prominenter deutscher Exilvertreter aus den Kreisen der Gewerkschaften und der Frankfurter Schule um Franz L. Neumann, Ernst Fraenkel, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse entwickelten Plänen zur Nachkriegsordnung Deutschlands: „They will do it again.“ Dieser Henry Morgenthau, der noch vor der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 als Minister zurücktrat, vertraute nicht auf eine Umerziehung der Deutschen. Es sei eher wahrscheinlich, dass die Besiegten erlittene Verwüstungen und künftigen Mangel den

Besatzern und ihrer demokratischen Philosophie ankreiden würden. Deshalb schlug er vor, Deutschland zu reorganisieren und in einen nord- und einen süddeutschen Staat aufzuteilen. Das erweiterte Ruhrgebiet sollte dagegen internationalisiert werden. Dieser nie ausgeführte Plan mit der Demontage des Ruhrgebiets als Kern – „Hitler hätte eine Witzfigur bleiben müssen, wenn Krupp und Flick und Hugenberg nicht gewesen wären. Allein die Schwerindustrie erlaubte einen Mann, der für die Slapstickkomödie geboren schien, in Wagnerische Tragödien einzuziehen“, konstatierte der Sohn badischer Einwanderer 1944 – dieser Morgenthau-Plan wird seitdem stets mit Abscheu zitiert. Denn vor diesem Versuch eines „industrial disarmament“ – der industriellen Entwaffnung Deutschlands – erschrak selbst der britische Premierminister Winston Churchill am 15. September 1944 in Quebec/Kanada aus Anlass der Unterzeichnung dieses Vorschlags zur Lösung der deutschen Frage: „Der Plan des Finanzministers würde England an einen Leichnam ketten“. Und Goebbels geschickte Interpretation des Morgenthau-Planes als eine Umwandlung Deutschlands in einen Kartoffelacker bestimmt bis heute noch äußerst wirkungsvoll das Bewußtsein der Deutschen. „Seit dieser Zeit wird der ‚Morgenthau-Plan‘ einem ‚jüdischen Racheengel‘ zugeschrieben, der Deutschland habe ‚agrarisieren‘ und in die ‚Steinzeit‘ zurückführen wollen“ konstatiert Bernd Greiner zu dieser zählbaren Legende einer intendierten Stunde Null, die keine wurde.

So wurde aus dem Versuch, ein besseres, neues Deutschland durch die Entmilitarisierung und kompromisslose Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens zu schaffen, die Verkörperung des Deutschenhasses. Dabei hatte der Finanzminister sich lediglich darum bemüht, wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Vorwort zu Morgenthaus Buch „Germany is our Problem“ festhielt, die deutsche Industrie mittelfristig zu kappen und zu zähmen. Andernfalls würde sie alsbald wieder ganz Europa beherrschen und zum nächsten Waffengang rüsten. Helm auf zum nächsten Gefecht, sollte es denn auch bald wieder heißen. Das „Programm to prevent Germany from starting a World War III“ verschwand dagegen schnell in den Schubladen der Westalliierten.⁵

Jörg Wollenberg

4– Senfft, Heinrich: *Kein Abschied von Hitler. Ein Blick hinter die Fassaden des Kalten Krieges*, 1990, S.18

5– Vgl. zu diesem Komplex die Arbeit von Bernd Greiner: *Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*, Hamburg 1995. Zur weiteren Entwicklung: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996)

Bilanz und Perspektive für einen neuen Internationalismus

Rezension

Ein neues Buch über Internationalismus, Globalisierung und einer notwendigen internationalen Solidarität der Unterdrückten. Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Rezensent ist der Meinung, dass es sich bei diesem Buch um ein unverzichtbares Dokument handelt, das der noch immer weitgehend orientierungslosen internationalen Linken helfen kann, aus vergangenen Fehlern zu lernen – denn wer aus den Fehlern der Geschichte nichts lernt, ist gezwungen sie zu wiederholen. Dem Buch von Bergmann wäre eine baldige mehrsprachige Übersetzung und internationale Verbreitung zu wünschen.

Der Autor Theodor Bergmann, geboren 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart. Der Schwerpunkt seiner zahlreichen Artikel und Buchveröffentlichungen sind größtenteils Fragen der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere die der Gewerkschaften und Agrarbewegungen. Er blickt auf ein aktives politisches Leben von 80 Jahren zurück. Also eine Bilanz seines politischen Lebens? In seinem hohen Alter – sofern man noch gesund ist – schreibt man normalerweise persönliche Erinnerungen und erklärt so manches. (Seine persönlichen Memoiren veröffentlichte er bereits vor Jahren: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiographie eines kritischen Kommunisten. Hamburg 2000) Nicht so Bergmann. Er ist noch immer ein viel gefragter Referent, agiert international auf Konferenzen und reist noch immer weltweit. Mario Kessler nennt Bergmann einen „vielsprachigen Internationalisten“.

Was macht also sein neues Buch so brauchbar? Er schreibt nicht ausschweifend, sondern prägnant. Er schreibt über alle Höhen und Tiefen der internationalen Arbeiterbewegung und deckt schonungslos alle Fehlentwicklungen auf und begnügt

sich nicht mit Räsonnieren, sondern fasst in Thesen Lehren und Schlussfolgerungen zusammen. Er betont, dass im Zeitalter der Globalisierung eine Internationale der Arbeiterbewegung notwendiger denn je sei. Gründe, die überwiegend noch in der Geschichte des 20. Jahrhunderts liegen, erschweren jedoch bis heute ihren Aufbau. Er weist Wege für einen Internationalismus, der aus



Theodor Bergmann

dem eigenen Scheitern gelernt hat. Seine Bilanz ist schonungslos: die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in Europa – sozialdemokratischer Reformismus und stalinistischer Kommunismus – sind gescheitert und weitgehend zerfallen. In seinem historischen Rückblick verdeutlicht er die enge Zusammengehörigkeit der nationalen Klassenkämpfe mit dem Internationalismus und die Ursachen des Niedergangs. Er analysiert Probleme und Aufgaben der gegenwärtigen internationalen Arbeiterbewegung. Notwendig sei nunmehr der Aufbau einer neuen, demokratisch strukturierten Internationale, die die Ungleichzeitigkeit und Ungleichartigkeit der sozialistischen

Weltbewegung berücksichtigt und den Marxismus für die heutige Zeit weiterentwickelt.

Bergmann geht zurück bis zum Jahr 1848, beschreibt die I. und II. Internationale und deren Niedergang, das Jahr 1917 und die kritische Solidarität zur russischen Revolution. Schonungslos fällt seine Kritik an der Stalinisierung der Komintern aus und beschreibt die Positionen kritischer Marxisten zur sowjetischen Politik im 2. Weltkrieg und nach 1945, ebenso wie die beschämenden Auflösungen von Komintern und Kominform, bis hin zum endlichen Scheitern des Realsozialismus von Ostberlin bis Wladiwostok 1989/91. Mit diesem Rückschlag endet für eine Generation unkritischer Marxisten die Bilanz. Nicht so für Bergmann. Er analysiert nunmehr die Ergebnisse des ersten sozialistischen Großversuchs in der Menschheitsgeschichte und würdigt die historischen Leistungen, zählt aber auch die negativen Ergebnisse auf: Abbau der Räte- und innerparteilichen Demokratie und Debatte, Entmachtung der Gewerkschaften als sozialer Gegengewichte zu Staatsapparat und Planungsbürokratie, Bürokratisierung und Überzentralisierung,

Vernichtung des undogmatischen Marxismus, innenpolitischer Terror (Moskauer Prozesse 1936-38), überhastete einseitige Industrialisierung, Zwangskollektivierung, „Bolschewisierung“ der KPs außerhalb der Sowjetunion. Bergmann beschreibt ausführlich die Ursachen der Deformationen und des Niedergangs der kommunistischen Parteien. Nur in vier Ländern bleiben KPs an der Macht und versuchen sich zu reformieren.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks bleibt die Welt multipolar. Der Imperialismus verfolgt weiter seine aggressiven Ziele, insbesondere durch die Militärpolitik der führenden Macht USA.

Bergmann führt die Leser in seiner Studie nunmehr um die ganze Welt. Er behandelt die agrarischen Bewegungen, Antiglobalisierungsbewegungen, Fragen der Atomenergie, revolutionäre Bewegungen der „Dritten Welt“, berichtet – besonders aus eigener Anschauung – über Vietnam, Japan, Indien, Bolivien u. v. a. m. Ausführlich behandelt er die kommunistische Regierungsarbeit und Reformen der politischen Entwicklung in der VR China – Phasen der Agrarentwicklung und Industrieentwicklung – interessante Ergänzungen zu seinem Buch: *Rotes China im 21. Jahrhundert*. (Hamburg 2004). Zudem vergleicht er die (sozialistischen und kapitalistischen) Entwicklungsstrategien Chinas und Indiens.

Bergmanns Analysen decken sich nicht in allen Fällen mit den Ansichten des Rezensenten – aber er begründet faktenreich und belegt nicht nur aus der Literatur, sondern – was seinen Argumenten besondere Anschaulichkeit verleiht – mit Zeugnissen aus persönlichen Begegnungen, Gesprächen, Reisen – aus Indien, Japan, China, Sowjetunion, Amerika, Australien, usw.

Sein Buch ist insgesamt ein leidenschaftliches Plädoyer für eine neue Internationale:

„Am Anfang steht eine Analyse des kapitalistisch dominierten Weltsy-

stems und seiner Tendenzen; dazu gehört eine Darstellung der Hegemonie der Bourgeoisie, der massiven Sprachregelung und ihrer Wirkung auf die Massen. 2. Dazu gehört ferner eine Analyse der Veränderungen in der Arbeiterklasse. 3. Aus einer kritischen Darstellung der Leistungen, der Irrungen und Fehler der Geschichte des Internationalismus ergeben sich einige vorläufige Prinzipien für die neue Internationale.

Es kann angesichts der Vielfalt der Kampfbedingungen keinen ‚Generalstab der Weltrevolution‘ geben. Die Ausgangsbedingungen jedes Landes müssen die Kampfmethoden und die Wege zum Sozialismus bestimmen; selbst das erfolgreichste Modell des Aufbaus einer neuen Gesellschaft kann nicht kopiert werden. (...) Selbstbestimmung und Souveränität der Parteien, Kritik und offene Debatte sind die Grundlagen internationaler Solidarität. Der Marxismus ist zu erneuern, aus der Kanonisierung in der Stalin- und Mao-Ära zu befreien; dieser muss neue Antworten auf die neuen Fragen suchen,

weiterentwickelt werden. Kritik ist die Lebensluft des Marxismus. Kritische Solidarität muss das Verhältnis der revolutionären Parteien zueinander bestimmen. Unkritische globale Zustimmung zu allen Schritten sozialistisch geführter Länder und kommunistischer Parteien ist schädlich. Dabei unterscheidet sich sozialistische Kritik in ihrer Zielsetzung grundsätzlich von kapitalistischer; die erstere will den sozialistischen Aufbau verbessern, Fehler minimieren, die andere

den Sozialismus zersetzen. Daher muss unsere Kritik andere Argumente und andere Formulierungen finden als die der Gegner des Sozialismus; in Form und Inhalt muss marxistische Kritik sich klar von kapitalistischer unterscheiden.“

Heiner Jestrabek

Theodor Bergmann: *Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität*. VSA-Verlag Hamburg 2009. 256 Seiten, 19,80 Euro. ISBN 978-3-89965-354-0



Hamburg 2009. 256 Seiten, 19,80 Euro. ISBN 978-3-89965-354-0

Arbeitszeitverkürzung: Notwendiger denn je

Wenn die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen wie Automobilen oder Fertigungsmaschinen zurückgeht, ist die verringerte Produktion mit weniger Arbeitsaufwand zu bewältigen. Entweder arbeiten dann reduzierte Belegschaften zu üblichen Arbeitszeiten weiter, was zur Entlassung nicht benötigter, weil überflüssiger Arbeitskräfte führt. Oder alle arbeiten kürzer, um den verbleibenden Arbeitsanfall auf alle zu verteilen. Diese einfache Rechnung leuchtet momentan wenige Monate vor einer Bundestagswahl selbst den Parteien ein, denen nur stündliche tägliche Arbeitszeitverkürzung sonst als eher tödliche Operation am Lebensnerv der Kapitalverwertung gilt. Und wenn es bis zu zwei Jahren dauern kann: Flugs ver-

hindern generös gehandhabte Lohnausfallzahlungen in Form von stattlich gewährtem Kurzarbeitergeld Massenentlassungen aus den industriellen Kernbereichen. Die Bundesagentur für Arbeit subventioniert jetzt den Bestand ganzer Belegschaften in der Hoffnung auf anziehendes Wachstum, um das Wellental der Konjunktur zu verlassen. Das Wählerpotential weiterer Millionen Erwerbsloser, denen in Jahresfrist die Verschrotung im Hartz-IV-Mahlwerk drohen würde, eignet sich schlecht für die Bestätigung schlechter Politik. Sie ist nur insoweit besser, als sie im Einverständnis mit dem Kapital Belegschaften in der Hoffnung auf keimende Prosperität beisammen halten will. Denn so lässt sich auch bei geringerer Auftragslage eine

gewohnte Rate unbezahlter Mehrarbeit gewährleisten, ohne die Profit nicht zu machen ist.

Seit 1985 nahm die Produktivität der Arbeiterstunde um mindestens ein Viertel zu. Von damals 100 Produkteinheiten wuchs der Produktionsausstoß auf über 125 Produktionseinheiten bei gleicher Produktionszeit an. Abgesehen von den Betriebsstätten, die durch Verlagerung in andere Länder oder Konkurse verschwanden, erfordert die industrielle Massen- oder Serienfertigung immer weniger den Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Dieser an sich positive Effekt schlägt jedoch ins Negative um, wenn Existenzangst und herrschende Arbeitszeitgesetzgebung die Restbelegschaften zwingen, weiter zu gesell-

schafflich schädlichen Arbeitszeiten zu schaffen, um Lohnhöhe und Arbeitsvertrag sicher zu wahren. „Wenn wir auch Millionen Arbeitslose haben, die über viel zu viel freie Zeit verfügen (die man allerdings schwerlich selbstbestimmt nennen kann), so verfügt der oder die durchschnittliche Vollzeitbeschäftigte hierzulande mit inzwischen 41,1 Stunden tatsächlicher Arbeitszeit, die sich mit Wegezeiten leicht auf 48 Stunden pro Woche summieren können, und der für die eigene Reproduktion notwendigen Haus-, Konsum-, Bürokratie- und Reparaturarbeit, bei Menschen mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen noch der entsprechenden Sorgearbeit, nur noch über sehr wenig selbstbestimmte freie Zeit.“ Darauf verweisen Margareta Steinrücke und Beate Zimpelmann in der Einleitung zu einem Sammelband, in dem mehrere Autoren wesentliche ökonomische, ökologische und soziale Aspekte behandeln, die einen erneuten Vorstoß für kürzere tägliche Arbeitszeiten argumentativ überzeugend abstützen.

Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie nach 1984 bleibt für Rudolf Hickel ein erfolgversprechender Weg, gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne wie höheren Beschäftigungsstand sowie eine höhere Lohnquote zu sichern. Der politisch begünstigte Trend zu immer mehr prekärer Beschäftigung schwächt die Notwendigkeit tarifpolitischer Einhegung der Arbeitsverhältnisse. Generelle Arbeitszeitverkürzung ist daher auch ein Weg, einen gespaltenen Arbeitsstellenmarkt zurückzudrängen und bessere tarifpolitische Bedingungen herbeizuführen.

Die verlängerte Vollzeit auf über vierzig Wochenstunden, eine Zunahme von Wochenendarbeit und ausgeweitete Teilzeitarbeit vor allem bei Frauen zerlegen die gesellschaftliche Arbeitstätigkeit in divergente Muster. Starre Normalarbeitszeiten der Beschäftigten weichen flexibler Präsenz am Arbeitsplatz. Teilzeitarbeit erhöht die Beschäftigtenzahl, fordert aber höhere Leistung pro Zeiteinheit bei verminderter Entlohnung ab. Verkürzung der Normalarbeitszeit ohne Lohnverlust hingegen wird öffentlich negativ dargestellt, obwohl die Beschäftigungswirkung ähnlich wäre. Hartmut Seifert bewertet die gängige Arbeitszeitpolitik weder als familienfreundlich noch der Geschlechter-gerechtigkeit zuträglich. „Da auf Nacht- und Wochenendarbeit al-

lein schon aus Versorgungsgründen nicht verzichtet werden kann, können nur kürzere Arbeitszeiten die gesundheitlichen Belastungen und Einschränkungen der familialen und gesellschaftlichen Teilhabe mindern.“

Im Anstieg der wöchentlichen Arbeitszeit seit Mitte der neunziger Jahre forcierten die deutschen Unternehmen über die relative Verbilligung der Arbeitskräfte ihre Wettbewerbsvorteile. Die Entwicklung des Arbeitsvermögens der Menschen blieb vernachlässigt. Für Steffen Lehndorff ist zudem der strukturkonservative Umgang mit der Frauenerwerbsarbeit aufzuberechnen: „Mit zunehmender Bedeutung unterschiedlicher individueller Zeitpräferenzen kommt es darauf an, zugleich die gesellschaftliche Zeitordnung mehr und mehr zu einem Ausgangspunkt von Arbeitszeitpolitik zu machen.“

Ein nach 1970 verdoppeltes Bruttoinlandsprodukt ließ sich seitdem mit abnehmendem Arbeitsaufwand realisieren. Unter gleich bleibenden Umständen kann das nicht die Nachfrage

„G – A ist Kauf von Arbeitskraft seitens des Kapitalisten; es ist Verkauf der Arbeitskraft – wir können hier sagen der Arbeit, da die Form des Arbeitslohns vorausgesetzt – von Seiten des Arbeiters, des Inhabers der Arbeitskraft. Was für den Käufer $G - W (= G - A)$, ist hier, wie bei jedem Kauf, für den Verkäufer (den Arbeiter) $A - G (= W - G)$, Verkauf seiner Arbeitskraft. (...) Das so erhaltene Geld verausgabt der Arbeiter nach und nach in einer Summe von Waren, die seine Bedürfnisse befriedigen, in Konsumtionsartikeln (...)

Das Irrationelle besteht darin, daß die Arbeit als wertbildendes Element selbst keinen Wert besitzen, also auch ein bestimmtes Quantum Arbeit keinen Wert haben kann, der sich in ihrem Preise ausdrückt, in ihrer Äquivalenz mit einem bestimmten Quantum Geld. Aber wir wissen, daß der Arbeitslohn bloß eine verkleidete Form ist, eine Form, worin z.B. der Tagespreis der Arbeitskraft sich als Preis der während eines Tages von dieser Arbeitskraft flüssig gemachten Arbeit darstellt, so dass also etwa der in 6 Stunden Arbeit von dieser Arbeitskraft produzierte Wert als Wert ihrer zwölfstündigen Funktion oder Arbeit ausgedrückt wird.“

Karl Marx, Das Kapital Bd. II, MEW 24, S. 34 f.

nach Arbeitskräften fördern. Eher tritt schärfere Konkurrenz um Arbeitsplätze ein. Denn Wachstumsraten, die der fortschreitenden Produktivität vorauslaufen, sind vom heutigen Niveau aus kaum realisierbar. Die Aufteilung der jährlichen Arbeitsstunden auf das Erwerbspersonenpotential ergäbe nach einer Modellrechnung von Andre' Holtrup und Helmut Spitzley bei „kurzer Vollzeit“ eine Wochenarbeitszeit von etwa 30 Stunden. Solcherart Leitbild für eine „Vollbeschäftigung neuen Typs“ könnte eine neue gesellschaftliche Alltagskultur kreieren. Diese neue Norm verteilt die Erwerbsarbeit wieder fairer, verallgemeinert die Voraussetzung gelingender Integration in die Gesellschaft und ermöglicht eine gerechtere Rollenteilung zwischen Männern und Frauen. Die Akzeptanz dieses Arbeitszeitmodells ist besonders bei 18-25jährigen durch eine Befragung in Bremen belegt. Drei von vier sprachen sich selbst bei Lohnverlust dafür aus. Holtrup/Spitzley wissen: „Die faire Verteilung von Arbeit ist ein großes, wenn nicht gar revolutionäres gesellschaftliches Projekt – und hat mit vielen Widerständen zu rechnen.“ Sie beharrlich anzugehen und zu überwinden kann dieses Buch erleichtern. Doch allein der Aufriss der zentralen Problemlage des modernen Kapitalismus ist verdienstvoll, damit eine kleinmütige gesellschaftliche Linke endlich begreift, wo sie politisch effektiv anzusetzen hat. Über sechs kompetent wie komprimiert gefasste Kapitel verteilt ergänzen mehr als zwanzig Schaubilder und Tabellen die Texte mit entsprechenden Datenvergleichen. Wer dies nicht zu nutzen versteht, verdient den Vorwurf politischer Blindheit.

Warum sich Unternehmer und willfährige Politiker schon immer gegen Arbeitszeitverkürzung sperrten, ist allerdings in einem weitaus dickeren Buch von Karl Marx im sechsten Abschnitt unter „Der Arbeitslohn“ nachzulesen.

Beate Zimpelmann/Hans-L. Endl (Hrsg.)

Zeit ist Geld

Ökonomische, ökologische und soziale Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung
Ein Projekt der Arbeitnehmerkammer

Bremen

und des Internationalen Studiengangs Politikmanagement der Hochschule Bremen
vsa-Verlag Hamburg 2008, 140 Seiten,

11,80 Euro

Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten, 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

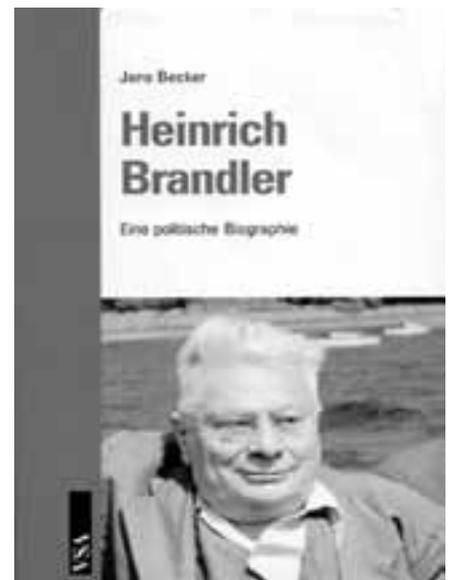
Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

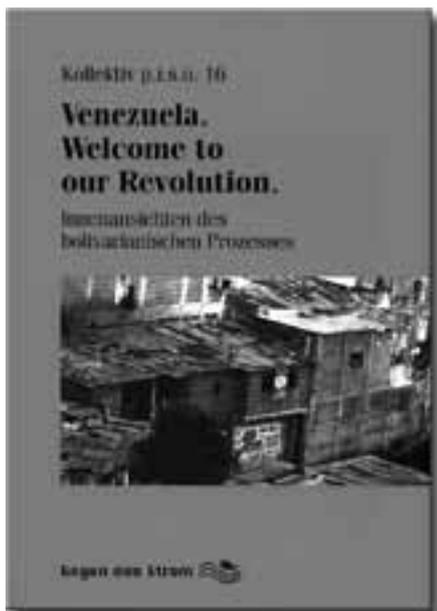
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwantalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg